



Plenarprotokoll

123. Sitzung

Kiel, Freitag, 27. August 2004

Zukunft Meer: Mehr Schiffssicherheit in der Ostsee	9537	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9541
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Lars Harms [SSW].....	9542
Drucksache 15/3596		Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	9543
Wilhelm-Karl Malerius [SPD].....	9537, 9545	Beschluss: Annahme.....	9545
Heinz Maurus [CDU].....	9539, 9545	Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein	9545
Joachim Behm [FDP].....	9540		

Landtagsbeschluss vom 28. Mai 2004 Drucksache 15/3454		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3600	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3589		Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3617	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	9546	Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/3600	9564
Uwe Eichelberg [CDU]	9547, 9553	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Lebens- mittel- und Bedarfsgegenständesicher- heit (Lebensmittelsicherheitsgesetz)	9564
Hermann Benker [SPD]	9548	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2368	
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	9550	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/3519	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	9551, 9553	Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	9565
Lars Harms [SSW]	9552	Beschluss: Gesetzentwurf Drucksache 15/2368 für erledigt erklärt	9565
Roswitha Strauß [CDU]	9554	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Preußischen Wohnungsgesetzes	9565
Beschluss: Kenntnisnahme des Berichtes Drucksache 15/3589	9554	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3592	
Ausweisung von Vogelschutzgebieten auf Eiderstedt	9555	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss	9565
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3113		Umsetzung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe	9565
Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses Drucksache 15/3527		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3535	
Frauke Tengler [CDU]	9555	Beschluss: Annahme	9565
Lars Harms [SSW]	9555, 9562	Haus der Kulturverbände	9565
Dr. Ulf von Hielmerone [SPD]	9556	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3537	
Ursula Sassen [CDU]	9557, 9562	Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss	9565
Günther Hildebrand [FDP]	9558	DAB	9565
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	9559	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3597	
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft	9560		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	9563		
Beschluss: Annahme in der Fassung Druck- sache 15/3527	9563		
Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftrag- ten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holstei- nischen Landtages für das Jahr 2003	9564		
Drucksache 15/3530			
Beschluss: Überweisung an den Sozial- ausschuss und den Innen- und Rechts- ausschuss	9564		
Fortführung und Weiterentwicklung der Pflegetätigkeitsoffensive	9564		

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	9565
Fairer Förderwettbewerb	9565
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3601	
Beschluss: Annahme.....	9565
Entwicklung des Gesundheitswesens	9565
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3374	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/3518	
Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	9565
Beschluss: Ablehnung des Antrages Druck- sache 15/3374	9566
Tätigkeitsbericht des Petitionsausschus- ses für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2004	9566
Drucksache 15/3593	
Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung der Eingaben	9566

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz
und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr

Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin
für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wün-
sche Ihnen allen einen schönen guten Morgen und
eröffne die Sitzung.

Ich darf zunächst unsere Gäste begrüßen. Auf der
Tribüne des Landtages haben Damen und Herren der
Jugendfeuerwehr Bargteheide sowie Schülerinnen
und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern der
Gesamtschule Neumünster-Faldera Platz genom-
men. - Ich darf Sie alle recht herzlich im Schleswig-
Holsteinischen Landtag begrüßen.

(Beifall)

Es ist mir eine besondere Freude, heute ganz persön-
lich einem Geburtstagskind die herzlichsten Glück-
wünsche des Schleswig-Holsteinischen Landtages
und seiner Mitglieder zu überbringen. Frau Abgeord-
nete Jutta Scheicht hat heute Geburtstag. - Herzlichen
Glückwunsch!

(Beifall)

Dann darf ich bekannt geben, dass Frau Abgeordnete
Renate Gröpel beurlaubt ist. Damit sind die geschäfts-
leitenden Bemerkungen, soweit sie dem Präsidium
vorliegen, erledigt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Zukunft Meer: Mehr Schiffssicherheit in der Ost-
see**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3596

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion
der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Malerius.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!
Havarien finden häufiger statt, als es gemeinhin an-
genommen wird. Im Bereich politischer Havarien
erweisen sich die Kollegen der Opposition derzeit ja
sogar als wahre Experten.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Gott sei Dank sind es nur Schatten, die da auf Grund
laufen, insofern ist der Schaden für unser Land ge-
ring.

(Anhaltende Heiterkeit bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Wilhelm-Karl Malerius)

Anders sieht es aus, wenn ein echtes Schiff vor der Küste Deutschlands verunglückt. In einem solchen Fall ist nicht nur das Meer betroffen, sondern die Folgen - insbesondere für Schleswig-Holstein - sind immens, um nicht zu sagen unabsehbar.

Die Ost- und die Nordsee prägen unser Leben, unsere Kultur und nicht zuletzt auch unseren Wirtschaftsraum. Das Thema **Schiffssicherheit** ist daher für uns als Land zwischen den Meeren ein zentrales und wir tun gut daran, uns mit großem Engagement diesem Thema zuzuwenden.

Schiffssicherheit ist dabei nicht nur eine Notwendigkeit zum Schutz unseres Landes, sondern sie bietet auch Chancen. Wir haben in Schleswig-Holstein im Bereich der **Schiffssicherheitstechnik** nicht unerhebliche wirtschaftliche Kernkompetenzen, die sich in einem Gesamtpaket - auch im Bereich von Mindeststandards auf Schiffen - zum Nutzen unseres Landes auswirken können.

Dieses Potenzial ist erkannt: Mit dem durch die Landesregierung angestoßenen Projekt „Zukunft Meer“ sollen mehr zukunftsfähige **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein geschaffen und Forschung und Innovation gestärkt werden. Zum Thema Meer gehören unter anderem der Sicherheitsraum, die maritime Sicherheit und auch das Thema **Sicherheitsstandards**. Insofern lohnt es sich, dieses Thema auch unter verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und voranzutreiben.

Der politische Handlungsbedarf zum Thema Schiffssicherheit ist unbestritten und auch erkannt. Die **Ostsee** gehört zu den am stärksten befahrenen Meeren der Welt. Prognosen zur Entwicklung des **Seeverkehrs** lassen noch eine erhebliche Zunahme in den nächsten Jahren erwarten. Dabei bringt insbesondere der Seetransport von **Erdöl** und **Chemikalien** große Gefahren mit sich. Vor diesem Hintergrund hat Schleswig-Holstein, die Landesregierung, Anfang Mai 2004 unter Beteiligung der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation, der Europäischen Agentur zur Sicherung der Seeverkehr und der Helsinki-Kommission eine viel beachtete internationale **Ostsee-Schiffssicherheitskonferenz** in Kiel ausgerichtet. Die Teilnehmer haben sich als Ergebnis der Beratungen auf 14 vorrangige Vorschläge und Maßnahmen zur **Vermeidung von Unfällen** auf See und zur Verringerung negativer Umweltauswirkungen auf die Ostsee und ihre Küstengebiete verständigt. Mit dieser Konferenz und den Kieler Vorschlägen hat die Landesregierung einen verantwortungsvollen und erfolgreichen Beitrag zur Forcierung der Bemühungen um eine verstärkte Schiffssicherheit im Ostseeraum geleistet.

Das kann aber nur der erste Schritt gewesen sein. Wir sind nunmehr aufgefordert, die Vorschläge zu konkretisieren und mit wirksamen Maßnahmen zu begleiten, die das Maß an Sicherheit herstellen und die Potenziale, die uns die Meere bieten, auch zukünftig ausschöpfen. Eine zentrale Aufgabe der näheren Zukunft ist es dabei auch, die Maßnahmen in enger **Zusammenarbeit aller Ostseeanrainerstaaten** umzusetzen.

Essenziell ist aus meiner Sicht die verstärkte Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowohl innerhalb der Staaten als auch grenzüberschreitend. Erfahrungen mit Schiffsunfällen haben gezeigt, dass grenzüberschreitende Vorbereitungen auf ein **Desaster-Management** bisher nicht installiert und supranationale Präventionsmaßnahmen dringend erforderlich sind. Der Handlungsbedarf ist also immens und wir haben seitens Landtag und Landesregierung Anstrengungen für eine gezielte Verbesserung dieser Situation vorzunehmen.

Wie kann dies im ersten Schritt konkret aussehen? Auf dem Gebiet des **maritimen Unfallmanagements** verfügen die Ostseeanrainerstaaten bisher über eigene Strukturen und Verantwortlichkeiten. In Deutschland ist hierfür das Havariekommando zuständig. Ziel muss es aber sein, noch stärkere und engere Kooperationsregime der nationalen Zentralstellen für Havariebekämpfung einzugehen. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist der Ostseekongress „Schiffsbrandbekämpfung und Verletztenversorgung auf See“.

Die Frage der Schiffssicherheit hat für Schleswig-Holstein oberste Priorität. Wir alle hier in diesem hohen Haus sind aufgefordert, uns aktiv daran zu beteiligen. Denn sicher ist: Schleswig-Holstein kann sich eine Schiffshavarie nicht leisten und eine politische Havarie in diesem Bereich durch Nichtstun oder falsche Vorbereitung für den hoffentlich nie eintretenden Ernstfall schon gar nicht.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Die Herstellung effektiver Schiffssicherheit ist Verantwortung für unser Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Malerius, zu Ihrer Havarieprognose zu Beginn Ihrer Ausführungen sage ich Ihnen nur: Passen Sie auf, dass Sie 2005 nicht zum „Grundgänger“ des Jahres werden!

(Beifall bei CDU und FDP)

In der **Ostsee** sind wir uns bei der Problemanalyse einig. Die Situation ist von zunehmendem Schiffsverkehr gekennzeichnet und wir wissen, dass die Gefahren durch **Havarien** und Schiffsunglücke in Zukunft nicht geringer werden, denn die **Häfen Russlands** und der **baltischen Staaten** werden immer häufiger Ausgangspunkte für **Öltransporte** sein. Die Schiffsbewegungen steigen heute bereits rasant an. Es passieren schon annähernd 50.000 Schiffe jährlich die **Kadetrinne** und so ist es wichtig, Gefahrenvorsorge zu treffen.

Das Beispiel des Tankers „Prestige“ hat uns bereits im Jahre 2002 einmal mehr vor Augen geführt, wie dramatisch so etwas sein kann. Sie sank vor der spanischen Küste nach einer weiten Reise von Lettland durch die gesamte Ostsee, den Großen Belt, Skagerrak, die Nordsee, die Straße von Dover und den Ärmelkanal. Aus purem Zufall ist die Katastrophe nicht bei uns eingetreten, aus purem Zufall sind wir vor unvorstellbaren Folgen für die Natur, die Fischerei, die Tourismuswirtschaft und unsere Infrastruktur verschont geblieben. Wir haben schlichtweg wieder einmal Glück gehabt.

Dies ist uns allen bewusst und von daher haben wir uns in diesem Hause viele Male mit der **Schiffssicherheit** auf unseren Meeren befasst und Forderungen in Richtung Bund, in Richtung EU und an andere Meeresanlieger gestellt. In der Tat gibt es eine Vielzahl von Beratungen im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament und in der IMO, die sich mit unseren Anliegen befassen.

Wenn ich mir heute den Antrag von Rot-Grün ansehe, dann finde ich dort in der Tat nicht viel Neues, sondern vielmehr eine Zusammenstellung aktueller Diskussionslagen und Beschlüsse, erkenne manche Anregungen, die von uns oder auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in die Diskussion eingebracht wurden, und frage mich: Was wollten die Antragsteller mit diesem Wiederholungsantrag, mit dieser Zusammenfassung der aktuellen Diskussion um mehr Schiffssicherheit eigentlich erreichen? Da kommt einem in den Sinn, dass es IHK-Untersuchungen gibt, in denen ein Großteil, was beide Regierungsfractionen hier angesprochen haben, bereits enthalten ist, da

kommt einem in den Sinn, dass es auch eine große Studie gibt, von der Staatskanzlei in Auftrag gegeben, die um die 65.000 € gekostet hat und in der auch ein Teil dieser Punkte angesprochen ist. Hier muss man eines noch einmal feststellen: Wenn wir uns alles betrachten, die Situation und die Beschlusslage, so haben wir hier mit Sicherheit kein Beratungsdefizit, sondern vielmehr ein **Handlungsdefizit** und ein Umsetzungsproblem. Da ist dann die Ministerpräsidentin dieses Landes, liebe Frau Simonis, gefordert. Aber wir wissen ja, Berlin ist weit von den Meeren entfernt und der Einfluss von Heide dort nahe null.

(Beifall bei der CDU)

Da helfen auch inszenierte medienwirksame Kongresse in Vorwahlkampfzeiten nicht weiter. Da wird uns auch das Begrüßen altbekannter Forderungen und die Wiederholung von Selbstverständlichkeiten nicht viel weiterbringen.

So ist es doch selbstverständlich, dass Pläne der **Unfallmanagement-** und der **Hafensicherheitsbehörden** miteinander vernetzt werden und die Ostseeanrainerstaaten im Bereich der Schiffssicherheit zusammenzuarbeiten haben. Da ist es doch selbstverständlich, dass Pläne für Notliegeplätze aufgestellt werden. Die Antragsteller fordern die Landesregierung auf, eine entsprechende **Bund-Länder-Vereinbarung** abzuschließen. Dabei ist doch bekannt, dass der erste Entwurf einer solchen Vereinbarung bereits aus dem Januar 2003 stammt. Das ist also wieder kein neuer, visionärer Vorschlag, sondern das Verkaufen alter Hüte, und darin hat unsere Ministerpräsidentin ja wahrlich ausreichend Erfahrung.

(Beifall bei der CDU)

Bemerkenswert ist, dass Sie die Regierungsfraction auffordert, tätig zu werden und sich für den Abschluss der Vereinbarung einzusetzen. Das zeigt auch, welches Vertrauen Sie selbst zu Ihrer eigenen Regierung haben.

Das Vorschreiben von **Tankertransitrouten** in der Ostsee sehen wir, wie ebenfalls schon diskutiert, als eine Möglichkeit zur Verbesserung des Seeverkehrs im Rahmen der verfügbaren IMO-Instrumente an. Ebenfalls ist die Stationierung von Notschleppern entlang der Hauptschifffahrtroute eine sinnvolle Maßnahme. Der Vorschlag ist aber ebenfalls nicht neu.

So könnte ich jetzt, wenn ich nur ausreichend Zeit hätte, einen Punkt nach dem anderen aufnehmen bis hin zur Ausbildung, wo Dinge geregelt sind, bis hin zur Verantwortlichkeit der Flaggen- und Hafenstaaten, wo aktuelle Diskussionen laufen. Ich schließe

(Heinz Maurus)

schlichtweg mit dem Satz: Dieser Antrag ist nichts anderes als die Zusammenfassung all dessen, was zurzeit in der aktuellen Diskussion ist. Wir sollten uns als Land Schleswig-Holstein darauf konzentrieren, die Dinge, die wir selbst in Angriff nehmen können, in Angriff zu nehmen und umzusetzen. Dann haben wir schon eine Menge zu tun. An den Verhandlungstischen auf internationaler Ebene sitzt die Bundesregierung und auch die hat in der Tat eine Menge zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Joachim Behm das Wort.

Joachim Behm [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Anfangsbemerkung: Herr Maurus, alles, was dieses schwierige Thema im Gespräch und in Bewegung hält, denke ich, nutzt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich bei den Antragsstellern, namentlich bei dem Kollegen Malearius für diesen Antrag und verzeihe ihm ausdrücklich, dass er nicht unterlassen konnte, ein bisschen Wahlkampf in seine Eingangsmerkungen hineinzulegen.

Ich glaube, jeder von Ihnen weiß, dass insbesondere mir die **Sicherheit in der Ostsee** ein wichtiges Thema ist. Ich erinnere mich genau an die Bilder an der dänischen Küste vor drei Jahren nach dem damaligen Schiffsunfall in der Kadettrinne. Die Folgen für die Umwelt waren seinerzeit dramatisch. Tief im Binnenland entlang der Wasserstraßen waren Ölverschmutzungen aufgetreten. Ich erinnere mich auch daran, dass die deutsche Ostseeküste nur aufgrund für uns günstiger Winde nicht von den Ölverschmutzungen betroffen war. Seither ist viel geredet worden, insbesondere für die Problematik in der Kadettrinne ist wenig Konkretes geschehen. Ich wundere mich auch, dass hier von SPD und Grünen ein Antrag vorgelegt wird, der zwar auf einen verstärkten Lotseneinsatz in schwierigen engen Gewässern in der Ostsee hinwirken will, was unter anderem eine **Lotsenpflicht** in der Kadettrinne mit umfassen mag, klar gesagt wird dies aber nicht. Wir als Parlament sollten unsere Vorstellungen aber in dieser Sache klar äußern. Deshalb sage ich für meine Fraktion, dass wir eine verbindliche Lotsenpflicht in der Kadettrinne fordern.

(Beifall bei der FDP)

Eine weitere ständige Gefahr in der Ostsee und insbesondere in der Kadettrinne ist der ständige Schiffsverkehr mit **Einhüllentankern**. Das Gefahrenpotential dieser alten Schiffe ist sehr hoch. Die genaue Zahl, wie viele dieser Tanker monatlich die Ostsee und die Kadettrinne passieren, ist bis heute unklar. Diese Daten werden wir erst verbindlich haben, wenn das im Aufbau befindliche automatische Identifizierungssystem, kurz AIS, wirklich für alle Schiffe eingeführt worden ist. Dennoch hat beispielsweise Greenpeace im Zeitraum von Dezember 2002 bis Januar 2003 allein 26 **Einhüllentanker** mit einer Tragfähigkeit zwischen 4.000 und 102.000 t bei ihrer Passage durch die engen Gewässer der Kadettrinne gezählt. 26 Einhüllentanker im Monat, das macht geschätzt über 300 Passagen im Jahr aus, alles tickende Zeitbomben. Es reicht für uns nicht aus, dass diese meist Schweröl transportierenden Tanker seit dem 21. Oktober vergangenen Jahres keinen **Hafen der EU** mehr anlaufen dürfen. Wir müssen endlich darauf drängen, dass diese Schiffe in der Ostsee nichts mehr zu suchen haben. Bis 2010 soll dies der Fall sein. Früher wäre uns lieber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob es bis zum Jahre 2010 wirklich gelingt, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus muss das automatische Identifizierungssystem für alle Schiffe so früh wie möglich eingeführt werden. Diese Forderung im Antrag unterstützen wir ausdrücklich.

Ein bemerkenswerter Punkt wurde auf der **14. Ostseesicherheitskonferenz** herausgearbeitet, und zwar die bisher oftmals unterschätzte Rolle des menschlichen Faktors bei Schiffshavarien. Dabei ging es nicht nur um Alkohol am Ruder von Schiffen. Professor Karl Laubstein, der Präsident der World Maritime University, stellte in seinem Beitrag klar, dass eine gute Aus- und Fortbildung, lebenslanges Lernen, Wiederholungslehrgänge, ständiges Üben sowie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen auf Schiffen die wichtigsten Schlüssel zu mehr Schiffssicherheit sind. Eine hohe Qualität der **Ausbildung** sichert einen hohen Standard bei der Schiffssicherheit.

Dass wir hier international einen hohen Standard erreichen, muss eine zentrale Forderung eines Parlaments eines Ostseeanrainerstaates sein. Insofern unterstützen wir auch diese Forderung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen auch Englisch können!)

- Plattdeutsch allein reicht da sicherlich nicht; das ist klar.

(Joachim Behm)

Darüber, ob für die Schiffssicherheit in der **Ostsee** dieses großflächig nun als **PSSA-Gebiet** ausgewiesen werden muss, wird trefflich gestritten. Der Umweltausschuss der International Maritime Organisation - IMO - hat diese Forderung bereits im April grundsätzlich aufgenommen. Nun werden konkrete Maßnahmen und Vorschläge der Staaten erwartet.

Widerspruch gegen die großräumige Ausweisung der Ostsee als PSSA-Gebiet gibt es dagegen aus Kreisen der Schifffahrt und der Häfen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident.

Im Interesse eines fairen Ausgleichs zwischen den Interessen des Natur- und Umweltschutzes und den ökonomischen Interessen der Reeder und Hafenbetreiber sollten wir uns diesem Punkt im Ausschuss noch einmal genauer widmen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Behm, mir wurde berichtet, dass es schon ein großer Fortschritt wäre - die genannten Fortbildungslehrgänge natürlich in Ehren -, wenn sich die Schiffsführer ein wenig auf Englisch verständigen könnten. Ich denke, Sie haben hier ein ganz wichtiges Thema angesprochen.

Meine Fraktion teilt die Auffassung der Landesregierung, dass die maritime Wirtschaft für Schleswig-Holstein große Chancen bietet. Die 3. Nationale Maritime Konferenz in Lübeck hat dies ebenso unterstrichen wie die InWaterTech-Messe und -Konferenz in Kiel, wie das neu entstandene Leibniz-Institut für Meeresforschung, wie die geplanten Windparks in Nord- und Ostsee und so weiter und wie die gesamte Ostseekooperation insgesamt. Nicht zuletzt auch die Beschäftigung mit der Ausschreibung eines Science-Centers - ob es nun realisiert wird oder nicht - führt uns vor Augen, wie bedeutend das Potenzial einer **maritimen Wirtschaft** in Schleswig-Holstein bereits ist und wie wichtig eine darauf ausgerichtete wirtschaftspolitische Strategie sein wird. Darauf weist unser Wirtschaftsminister immer hin. Er richtet die Aktivitäten seines Hauses darauf aus. Und das ist gut so.

Wir begrüßen die Initiative der Ministerpräsidentin für eine koordinierte europäische Meerespolitik, die sich in die Gesamtstrategie „Zukunft Meer“ einreicht. Wir alle kennen die sich immer stärker entwickelnden Verkehrszahlen im Baltikum. Insbesondere werden zunehmend große Mengen Güterverkehr abzuwickeln sein. Dabei spielt gerade aus grüner Sicht die Strategie „from road to sea“, also die Verlagerung von Verkehrsströmen von der Straße auf die See, eine zentrale Rolle. Hintergrund dieser zwingend erforderlichen Strategie sind nicht nur Überlegungen hinsichtlich Energie und Ökologie, sondern auch massive ökonomische Zwänge, weil diese erwarteten Verkehre und Transporte nicht mehr über die Straße abzuwickeln sind. Es ist unabhängig davon, wie entschlossen man die Strategie „from road to sea“ verfolgt, damit zu rechnen, dass die Schiffsverkehre zunehmen werden.

Meine Damen und Herren, aus Gründen der Friedenssicherung, des kulturellen Austausches und vor allem auch der wirtschaftlichen Entwicklung und der ökonomischen Chancen, die das **Mare Baltikum** gerade für Schleswig-Holstein bietet, besteht hier im hohen Hause über alle Fraktionsgrenzen hinweg eine große Einigkeit in der Befürwortung der **Ostseekooperationen**. Daher ist die **ökologische Intaktheit** der Ostsee von überragender Wichtigkeit. Die See ist das Grundmedium der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Verkehre nehmen zu, die Ostsee ist fast ein Binnensee. Sie ist flach und kann Unfälle ereignisse weitaus schlechter kompensieren als andere Meere.

Die Ministerpräsidentin und die Landesregierung haben hier in Kiel die Ostseesicherheitskonferenz **Maritime Safety Conference Baltic 2004** ausgerichtet, auf der gute und richtungweisende Beschlüsse gefasst wurden. Es gilt diese umzusetzen. Dazu wollen wir mit unserem Antrag einen Beitrag leisten.

Wir wissen aus schleswig-holsteinischer Sicht nur zu gut, dass das Thema **Schiffssicherheit** sehr hoch im Kurs steht, wenn das öffentliche Licht auf Unfälle oder Beinahe-Unfälle, sei es vor der dänischen Küste oder vor Spanien, geworfen wird. Wir wissen leider aber auch, wie schnell das Interesse in den Nicht-Küstenländern und auch bei uns wieder abnimmt. Das ist wie mit der Gesundheit: Man nimmt sie als selbstverständlich hin. Erst dann, wenn sie abhanden kommt, macht man sich ihren Wert klar.

In diesem Sinne soll unser Antrag dazu beitragen, das Thema Schiffssicherheit nicht zu vergessen, sondern kontinuierlich und mit Energie weiterzuentwickeln.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Detlef Matthiessen)

Wie bei einem Schiffsmotor darf hier nicht mit gedrosselter Fahrt, sondern muss mit mittlerer Drehzahl - wie ein gutes Kümo - sehr lange in die richtige Richtung gefahren werden, um das Ziel zu erreichen.

Kollege Behm, Sie erwähnten die verbindliche **Lotsenpflicht**. Ihre Ausführungen dazu teilen wir voll und ganz. Wir haben uns jetzt darauf beschränkt, die bestehende Beschlusslage aufzugreifen und noch einmal in den Fokus zu bringen, damit daraus auch entsprechende Umsetzungen erfolgen.

Schleswig-Holstein ist nicht nur Motor der Ostseeoperationen, sondern damit verbunden auch Motor beim Thema Schiffssicherheit. Wir freuen uns, dass wir unsere Landesregierung hier an der Spitze wissen. Die landespolitischen Möglichkeiten sind ausgeschöpft.

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen dies kontinuierlich und mit großer Energie auf allen Ebenen weiterverfolgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Veronika Kolb [FDP]: Das machen wir im nächsten Jahr!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Landtag Schleswig-Holstein erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag von Rot-Grün liest sich im ersten Moment wie ein Wunschzettel an den Weihnachtsmann.

(Joachim Behm [FDP]: Ja!)

Ich habe auf Anhieb keinen Punkt gefunden, den der SSW so nicht mittragen kann. Bei den anderen Kollegen war dies ja auch nicht der Fall. Die Erfahrungen haben uns aber gelehrt, dass wir bei derartigen Wunschzetteln einen sehr langen Atem haben müssen. Zum Wohle der Natur und der Menschen sollten wir diesen langen Atem aber aufbringen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Wir wissen, dass das Thema Schiffssicherheit in der Ostsee nicht nur hier bei uns im Landtag debattiert wird, sondern auch in den Parlamenten rund um die Ostsee. Überall ist man sich einig, dass für die Schiffssicherheit mehr getan werden muss. Also fragt

man sich doch, warum dann so wenig passiert oder warum von dem, was letztendlich doch alle wollen, so wenig umgesetzt wird.

Dass auch wirklich alle diesen Gedanken verfolgen, zeigt uns unter anderem die Ostseeparlamentarierkonferenz von 2002. Das zweite Standbein der Konferenz war das Thema ökologische und Umweltherausforderungen in der Ostseeregion. Dabei ging es unter anderem um den Abschlussbericht einer Arbeitsgruppe zur Schiffssicherheit in der Ostsee. Dies macht deutlich, dass der ökologische Wert der Ostsee schon seit langem auf vielen politischen Ebenen erkannt wurde.

Wir müssen aber doch unmittelbar feststellen, dass es bisher kaum Fortschritte gegeben hat; denn ansonsten wäre der Antrag nicht in diesem Umfang gestellt worden. Dass wir uns beim Thema **Schiffssicherheit** nicht in einem einfachen Fahrwasser bewegen, wissen wir alle. Das ist unter anderem eine Lehre, die wir aus dem Ergebnis der Konferenz der norddeutschen Innenminister gezogen haben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich parteiübergreifend für die Einrichtung einer **Einheitlichen Deutschen Küstenwache** ausgesprochen. Genauso parteiübergreifend wurde unser gemeinsamer Vorstoß von den anderen Innenministern vorerst aber auf den Boden des Meeres versenkt. In der Diskussion um die Einheitliche Deutsche Küstenwache hat der SSW immer wieder auf die vielen bestehenden Strukturen hingewiesen. Es geht hierbei nicht um die Fachkompetenz oder die Motivation der Beteiligten, es geht uns hierbei um die Abschaffung des Kompetenzwirrwarrs. Daher ist es zu begrüßen, dass genau dieser Punkt in dem Antrag wieder zu finden ist.

(Beifall beim SSW)

Folgende politische Forderung sehen wir unter Punkt 6 der Kieler Erklärung: Dort wird „die Einrichtung klarer **Entscheidungsstrukturen** für das Unfall-/Desaster-Management in Verbindung mit der Zugriffsmöglichkeit auf Einsatz- und Bekämpfungsmittel“ gefordert. Wenn diese Forderung im Raum steht, dann muss das im Umkehrschluss bedeuten, dass diese klaren Entscheidungsstrukturen derzeit fehlen. Also müssen wir uns weiterhin um eine Einheitliche Deutsche Küstenwache bemühen.

Was die **Lotsenpflicht** in schwierigen und engen Fahrwassern angeht, so wird auch hier deutlich, dass diese Forderung bereits seit langem besteht. Der Bericht der Landesregierung zur Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee hat die Problematik aufgezeigt. Leider ist es so, dass sich die Lotsenannahmepflicht nicht ohne weiteres umsetzen lässt. Wir können sie nicht selbstständig einführen. Wenn wir

(Lars Harms)

ehrlich sind, dann brauchen wir hierbei nicht auf Freiwilligkeit zu hoffen. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass sich die Landesregierung bei der **IMO** nachdrücklich für eine Lotsenpflicht für stark befahrene enge Gewässer, wie zum Beispiel die Kadetrinne, einsetzt. Dem Bericht ist aber auch zu entnehmen, dass die Einführung der Lotsenpflicht länger dauern kann. Deshalb ist der Antrag auch in diesem Bereich sehr hilfreich.

Dies sind nur zwei Punkte aus einer Reihe von vielen, die uns zeigen, dass im Bereich Schiffssicherheit noch viel politische Arbeit geleistet werden muss. Wir können mit diesem Antrag aber ein Zeichen in die Richtung der anderen Ostseeanrainerstaaten setzen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen den Antrag von Rot-Grün und wir gehen davon aus, dass wir den geforderten Bericht noch in dieser Legislaturperiode bekommen werden, um ihn noch behandeln zu können. Dann werden wir die Möglichkeit haben, diesen Bericht mit dem Bericht von 2001 zu vergleichen, um uns ein genaues Bild davon machen zu können, welche Veränderungen - und insbesondere welche Verbesserungen - es im Bereich der **Schiffssicherheit** in der **Ostsee** in diesem Zeitraum gegeben hat. Das wiederum muss für uns dann Anlass sein, uns im Rahmen einer der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenzen genau für diesen Bereich einzusetzen. In diesem Sinne verstehe ich den Antrag und in diesem Sinne unterstützen wir den Antrag.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung darf ich jetzt Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort erteilen.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man dem Abgeordneten Maurus zuhört, dann besteht Schiffssicherheit in der Ostsee darin, dass ich allen Schleswig-Holsteinern ein Sandschäufelchen mit Eimerchen in die Hand drücke und sage: Wenn etwas los ist, dann kommt alle her und schaufelt mit. Herr Maurus, das ist schon ein bisschen komplizierter; das dürfen Sie mir gern glauben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Das umfasst internationale Absprachen, Prävention und Absprachen mit den anderen **Küstenländern**. All dies unter einen Hut zu kriegen, dauert sehr lange. Ich weiß, wovon ich rede. Dennoch können wir mit Stolz feststellen, dass sich unser Engagement für eine koordinierte europäische Meerespolitik ausgezahlt hat. Die Landesregierung hat in diesem Frühjahr mit einer umfangreichen Studie und einem international besetzten Kongress die **Initiative „Zukunft Meer“** gestartet. Ich stelle wieder einmal fest: Sie haben etwas gegen wissenschaftlich untermauerte Untersuchungen. Auch das halten wir für uns fest.

Die Initiative stieß auf ungeteiltes Echo. Am 13. August 2004 wurde erstmals bei der Neuaufstellung der **EU-Kommission** ein Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten berufen. Der Malteser Joseph Borg wird innerhalb der Europäischen Union die maritime Politik der Mitgliedstaaten koordinieren. Er übernimmt den Vorsitz einer ressortübergreifenden Task Force, einer Kommissionsarbeitsgruppe, die ein **Grünbuch zur maritimen Politik** entwickeln soll. Dies war ein Vorschlag von uns, der auch auf dieses Gutachten zurückgeht. Wir sind glücklich, dass uns das gelungen ist. Das ist der erste Schritt überhaupt, um zu einer koordinierten Umwelt- und Meerespolitik im Bereich der europäischen Politik zu kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Das hatte sich bereits in einem Schreiben von Romano Prodi angedeutet, der gesagt hat: Dies wird auch für die zukünftige Kommission von größter Bedeutung sein. Wir freuen uns, dass wir so erfolgreich waren. Wir freuen uns auch darüber, dass der Erste Bürgermeister Hamburgs am 17. August in einem Schreiben dafür dankte, dass wir uns für eine koordinierte europäische Meerespolitik eingesetzt haben. Die Hansestadt Hamburg will sich hier unter Umständen anlehnen. Wir freuen uns darüber, dass der estnische Ministerpräsident seine Zusammenarbeit angekündigt hat. Ich werde meine Reise nach Stockholm dazu benutzen, um dem Ministerpräsidenten Göran Persson vorzustellen, was wir uns an dieser Stelle ausgedacht haben; zum Beispiel werde ich unsere 14 Punkte vorstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Einer der wichtigsten Punkte überhaupt für eine vernünftige **Ostseekooperation** und eine vernünftige Ostseepolitik ist das Vermeiden von Unfällen, also **Prävention**. Dazu braucht man auch ein paar wissenschaftlich fundierte Gedanken darüber, was man wo

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

miteinander vernetzen muss, damit es zu dieser Prävention kommt und damit nicht jeder an irgendeiner Stellschraube nach dem Motto dreht: Es wird schon schief gehen, irgendwie wird es am Ende zusammenlaufen. So machen die Damen und Herren von der CDU momentan ihre Politik. Man merkt, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der SPD)

Das Binnenmeer Ostsee ist ökologisch besonders sensibel. Wenn hier einmal irgendetwas passiert, dann ist wirklich etwas passiert. Wir werden uns dann alle fragen, warum wir so unvernünftig waren, so spät mit der Diskussion anzufangen. Da sind die steigenden Verkehre, da sind aber auch die Schiffe, die aus Russland kommen, die nicht allen **Sicherheitsstandards** entsprechen.

Zu den Passagierschiffen! Der **Passagierschiffverkehr** auf der Ostsee boomt. Wir sehen im Sommerhalbjahr immer mehr Kreuzfahrer hier, deren Passagiere einen Einblick in die Schönheit und in die kulturelle und historische Vielfalt der Ostsee gewinnen wollen. Das bedeutet allerdings auch eine Belastung dieses Meeres.

Containerschiffe! Die Zahl der **Überseecontainer** wird immer größer. Die Zahl der Häfen, die von ihnen angelaufen werden können, nimmt allerdings ab. Das heißt, dass die so genannten Trailerverkehre eine größere Bedeutung bekommen werden und die Zu- und Abführungen aus den großen Überseehäfen - wie zum Beispiel Hamburg - aufzunehmen haben. Die Containerisierung der Ostsee steckt erst in ihren Kinderschuhen. Schon jetzt wissen wir uns, was mögliche Unfälle anbetrifft, im Grunde genommen nicht auf der ganz sicheren Seite.

Gefahrgutschiffe und Tanker! Ein Viertel aller transportierten Ladungen über See ist **Gefahrgut**. Dabei hat der Tankerverkehr eine besondere Bedeutung. Die Russische Föderation hat sich zum derzeit größten Erdölproduzenten weiterentwickelt. Trotz aller Unklarheiten über die Zukunft des Yukos-Konzerns wird **Russland** auf absehbare Zeit einer der größten Erdölproduzenten bleiben und seine Erdölexporte zu einem riesigen Teil über die Ostsee abwickeln. Zum Teil geht es als raffiniertes Benzin auch wieder zurück.

Schon diese wenigen Schlagworte zeigen, wie schwierig es ist, Schiffssicherheit innerhalb eines wachsenden und sehr komplizierten und differenzierten Schiffsverkehrs sicherzustellen. Wenn die Vorstellung, die bei der EU zurzeit unter dem Stichwort „**Motorways of the Seas**“ entwickelt wird, nicht auch für die Ostsee umgesetzt wird, wird der Ostseeschiffsverkehr noch eine weitere Dimension erhalten,

und zwar in einem zum Teil besorgniserregend begrenzten und flachen Fahrwasser. Die Gefährdungspotenziale sind also enorm. Hinzu kommen noch Wetterbedingungen wie damals bei der „Estonia“. Man kann sich ausmalen, was passieren kann.

Das heißt also: Mit den einfachen Antworten der CDU ist es nicht getan. Hier muss man immer wieder dicke Bretter bohren und sich mit internationalen Partnern absprechen. Man muss sehen, dass das Thema auf internationale Tagesordnungen kommt. Ich bin Frau Abgeordneter Rodust dafür dankbar, dass sie dieses Thema auch in den Ausschuss der Regionen gebracht hat. Dieser Ausschuss wird sich nun ebenfalls damit beschäftigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Immerhin hat Europa mehr Küstenlinie als jedes andere Land in der Welt. Die Landesregierung hat Anfang Mai dieses Jahres die Internationale Ostseesicherheitskonferenz Baltic 2004 unter Beteiligung hochrangiger internationaler Experten abgehalten. Hierbei war auch der Generalsekretär der Weltschifffahrtsorganisation **IMO** anwesend. Herr Maurus, der ist nicht gekommen, weil er das Gefühl hatte, wir würden Quatsch vorlegen, sondern weil ihn das interessiert hat, was wir gemacht haben, und weil er dabei sein und mitreden wollte. Die daraus resultierenden **14 Kieler Vorschläge** sind weit über Schleswig-Holstein hinaus sehr positiv aufgenommen worden und sollen Bestandteil der weiteren Diskussion des Ostseerates werden.

Es geht also jetzt darum, dass wir das, was wir erfahren, und das, was wir gelernt haben, umsetzen, dass wir **Katastrophenpläne** miteinander absprechen. Wenn Sie glauben, man kann mal eben nach Dänemark gehen und sagen: Lassen Sie uns mal gemeinsam ein paar Katastrophenübungen machen, dann kann ich dazu nur sagen: Sie haben relativ wenig Ahnung. Das ist ein derart sensibles Gebiet, wenn beispielsweise die Bundeswehr in Dänemark einmarschieren würde, wobei es ganz normal ist, dass die Bundeswehr mithilft. Herr Maurus, beschäftigen Sie sich noch ein bisschen damit, dann kriegen Sie von mir vielleicht auch eine Vier minus dafür, was Sie hier abgeleistet haben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch einen Appell loswerden: Das Ganze kann nichts werden, wenn sich Russland weitgehend aus den Überlegungen und aus der Zusammenarbeit heraushält. Man kann sie nicht zwingen, wir müssen sie überzeugen. Allein das sind

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

noch eine ganze Menge schwieriger Gewichte, die wir zu heben haben. Ich danke, dass Sie die Landesregierung mit diesem Antrag unterstützen und auf Heide hören. Auf Heide hört ja sonst niemand. Sie beschwerten sich sonst immer darüber, dass ich alles gefährden würde. Ich kann nun mit diesem Antrag sagen, dieses Projekt soll mit parlamentarischer Unterstützung durchgeführt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Runde der Kurzbeiträge. Der Kollege Heinz Maurus hatte sich gemeldet. Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat er das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Verehrte Frau Ministerpräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren uns in der Situationsanalyse einig. Die Situation auf der Ostsee ist so, wie es die Vertreter aller Fraktionen - und auch die Ministerpräsidentin - hier dargestellt haben. Eines in allem Ernst: Schleswig-Holstein und seine Ministerpräsidentin sind doch nicht der Dreh- und Angelpunkt dieser Diskussion, sondern die Entscheidungen werden an ganz anderer Stelle getroffen. Sie werden in unserem nationalen und im Europäischen Parlament getroffen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wissen auch, wie schwierig es ist, in der **IMO** internationale Übereinstimmung zu bekommen, um tatsächlich etwas mehr **Schiffssicherheit** zu erreichen. Nur darauf sollten wir uns tatsächlich konzentrieren und das muss hier noch einmal deutlich gesagt werden.

Der Antrag, den Rot-Grün hier vorgelegt haben, ist die Zusammenstellung der Dinge, die aktuell diskutiert werden und zum Teil von uns und von meiner Bundestagsfraktion mit initiiert wurden. Von daher haben wir kein Problem, Ihrem Antrag zuzustimmen; das werden wir auch machen. Nur: Wir sollten uns bewusst sein, dass Schleswig-Holstein in dieser Frage nicht Dreh- und Angelpunkt ist. Entscheidungen werden nicht hier im Hause getroffen, sondern woanders.

(Konrad Nabel [SPD]: Dann brauchen Sie gar nicht anzutreten!)

Am Rande eine Bemerkung, die mir am Herzen lag und die ich kurz angesprochen habe: Wir haben hier im eigenen Land und in eigener Zuständigkeit eine Menge zu regeln. Vielleicht wäre es sinnvoll, dass wir uns auch über diese Dinge unterhalten. Insofern würde ich es begrüßen, wenn wir nicht in der Sache ab-

stimmen würden. Wenn Sie das wollen, werden wir zwar zustimmen, aber ansonsten hätten wir dazu im Wirtschaftsausschuss eine ganze Menge beizutragen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Wilhelm Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Herr Maurus, Sie haben unsere Ministerpräsidentin wohl nicht ganz verstanden. Denn sie sagte: Dieses Thema ist ein Thema, um dicke Bretter zu bohren. - Das ist der entscheidende Punkt und irgendeiner oder irgendeine - und das sind glücklicherweise wir - muss diese Bretter bohren und die Sache weiter vorantreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Punkt, auch wenn Teile der Vorschläge auf dem Tisch liegen. Aber wir müssen die Angelegenheit immer wieder vorantreiben. Das ist die entscheidende Phase. Daran sollten Sie als Opposition auch wirklich teilhaben und uns voll unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben wieder einmal nicht zugehört, Herr Kollege!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird übereinstimmend Abstimmung in der Sache beantragt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

Dann darf ich über den Antrag „Zukunft Meer: Mehr Schiffssicherheit in der Ostsee“, Drucksache 15/3596, in der Sache abstimmen lassen. Wer diesem Antrag in der Sache seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig vom Hause so verabschiedet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 28. Mai 2004
Drucksache 15/3454

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3589

Für die Landesregierung darf ich zunächst dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Prof. Dr. Bernd Rohwer, das Wort erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur liegt Ihnen vor. Wir haben in diesem Jahr - die Opposition will immer etwas anderes weismachen - erhebliche Fortschritte gemacht. Sie werden wieder damit kommen, dass wir zu langsam seien. Ich kann nur sagen: Wenn Sie so weitermachen, werden wir die A 20 bei Lübeck fertig stellen, bevor Sie Ihr Wahlprogramm vorstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im **Straßenbereich**, meine Damen und Herren, sind in diesem Jahr in Schleswig-Holstein alle wichtigen Verkehrsprojekte auf den Weg gebracht worden. Wir haben all unsere **Prioritäten** im **Bundesverkehrswegeplan** verankert.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Vielleicht hören Sie einmal zu, damit Sie anschließend nicht immer Unzutreffendes verbreiten!

Die **A 20 in Lübeck** wird in diesem Jahr fertig gestellt. Der Bau der A 20 von Lübeck in Richtung **Segeberg** wird in diesem Jahr beginnen; das sollen uns andere in Niedersachsen erst einmal nachmachen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Was haben wir mit Niedersachsen zu tun?)

Die Planungen zur Elbquerung mit den Bohrungen haben konkret begonnen. Es ist also klar, dass die **Elbquerung** kommt.

Der **A 21-Lückenschluss** ist vor wenigen Tagen auf den Weg gebracht worden; die Bauarbeiten laufen. Die **Ortsumgehung Preetz** ist fertig gestellt. Die Ortsumgehungen **Klein Wittensee** und **Gettorf** werden in diesem Jahr fertig gestellt. Wenn das keine erfolgreiche Bilanz ist, dann möchte ich mal wissen, was eine gute Bilanz ist!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der sechs- und achtstreifige **Ausbau der A 7** zwischen Hamburg und dem Bordesholmer Dreieck ist als vordringlicher Bedarf ausgewiesen. Die kon-

krete Machbarkeit wird in einer Realisierungsstudie geprüft. Die Vorbereitungen für die Konzessionsausschreibung haben begonnen. Wir haben der Straßenbauverwaltung einen konkreten Planungsauftrag genau für unsere Abschnitte erteilt. Das heißt, auch hier geht es voran.

Im **Schienenbereich** - das sage ich ohne Wenn und Aber - ist es schwieriger. Das hängt mit den ausgefallenen Mauteinnahmen zusammen. Das hängt auch ein wenig mit der Ausbaupolitik der Deutschen Bahn zusammen. Ich will mich an dieser Stelle nicht weiter äußern, sondern nur sagen: Da, wo Schleswig-Holstein selbst entscheiden kann, meine Damen und Herren, haben wir Erfolge vorzuweisen. Schauen Sie sich unseren Schienenpersonennahverkehr an. Schauen Sie sich an, wo wir die **AKN** in Schleswig-Holstein ausbauen, nämlich mit den GVFG- und Schleswig-Holstein-Mitteln; da klappt es. Schauen Sie sich an, wo wir neue Angebote - **AKN** zum Hauptbahnhof - machen. Schauen Sie sich andere Bahnhofs- und Stationsmaßnahmen an.

Überall da, wo wir andere nicht brauchen, sind wir schnell.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der **Elektrifizierung** können wir bisher nicht zufrieden sein; das ist keine Frage. Wir haben nur die eine Hälfte erreicht, nämlich den zweigleisigen Ausbau zwischen Lübeck und Travemünde. Den eigentlichen Fahrdrakt haben wir noch nicht; da laufen die Gespräche. Wir alle drängen die Bundesregierung, aus dem zusätzlichen 1 Milliarde €-Kontingent hierfür Mittel bereitzustellen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns darin unterstützen würden.

Die **Engpassbeseitigung** zwischen **Pinneberg** und **Elmshorn** ist aus meiner Sicht ein Trauerspiel; ich sage das hier ganz deutlich. Die DB weigert sich nach wie vor, diese Strecke auszubauen. Wir haben zig Gespräche geführt. An diesem Punkt müssen wir weiter dranbleiben.

Bei den Kanalbrücken geht es voran; das wissen Sie. Es hat Verzögerungen gegeben, aber wir haben klare Zusagen der DB, dass jetzt die beiden **Kanalbrücken Rendsburg** und **Hochdonn** weitersaniert und fertig gestellt werden.

Was Lübeck und Kiel angeht, so gibt es Verteuerungen durch neue Rechnungen der DB AB, über die wir zurzeit diskutieren. Wir hoffen, dass wir zu einer zügigen Ausbaulösung kommen.

Fortschritte gibt es auch bei der **festen Fehmarnbelt-Querung**. Es gibt inzwischen ein klares Bekenntnis

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

der Bundesregierung - von Dänemark sowieso - und es gibt vor allem eine Entscheidung darüber, dass wir das **Staatsgarantiemodell** fahren. Das ist ein wesentlicher Fortschritt, weil wir nur mit diesem Modell eine realistische Alternative haben, um das Finanzierungsproblem zu lösen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis unserer Arbeit zeigt im Übrigen die gestrige Infratest-dimap-Umfrage. Das Verkehrsthema ist in Schleswig-Holstein nur noch für 6 % der Bürger ein Problem; im Februar war es noch für knapp 20 % der Bürger ein Problem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie mit der sozialen Gerechtigkeit!)

- Genau, lieber Herr Kubicki.

Das zeigt: Die Menschen spüren, dass hier eine aktive und konsequente Verkehrspolitik gemacht wird. Und dass Ihre Gerede völlig ins Leere geht, zeigen die Zahlen nun wirklich eindeutig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU dem Herrn Abgeordneten Uwe Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vortrag, den wir eben entgegennehmen konnten, zeigte im Grunde genommen nur auf, was wir schon die ganzen Jahre haben und was über all die Jahre schön-geredet wird. Es ist bedauerlich, dass wir dies erneut hören mussten und dass nur zum Schienenverkehr kritische Anmerkungen gemacht wurden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Mai wollten wir den Planungsstand der vier wichtigsten Projekte hier im Plenum erfahren. Das ging nicht. Es gehe erst im August, wurde uns gesagt. Und heute hören wir eigentlich ein totales Desaster. Ich empfehle Ihnen dringend, meine Damen und Herren, die Darstellungen der Regierung zu lesen und sich nicht nur das hier Vorgetragene anzuhören.

(Beifall bei CDU und FDP)

Während der fast neun Jahre, die ich hier im Parlament bin, wurden immer wieder Fertigstellungstermi-

ne für Projekte genannt, die allerdings nie eingehalten wurden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ankündigungspolitik!)

Immer wurde und wird uns gesagt: Ich habe feste Zusagen vom Bundesminister. - Die Namen haben sich geändert, aber die festen Zusagen wurden nie eingehalten. So ist es.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diesen Bericht genau lesen, werden Sie feststellen, dass für die **Kernprojekte** unseres Landes Bedingungen aufgeführt werden, die überhaupt keine Aussage zulassen, wann der Fertigstellungstermin sein wird. Deswegen bin ich überrascht, dass immer wieder neue Termine genannt werden. Das ist Scharlatanerie.

(Martin Kayenburg [CDU]: Immer wieder eine neue Ankündigung!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf Folgendes in der Finanzierung hinweisen: Sämtliche der oben genannten Verkehrsprojekte - insbesondere die Straßenbauprojekte - sind Bestandteile des **Bundesverkehrswegeplanes** und sind grundsätzlich durch den Bundesverkehrswegehaushalt zu finanzieren. Der Mautausfall hat damit - wenn überhaupt - nur indirekt etwas zu tun.

Lesen Sie doch einmal nach, unter welchen Bedingungen das Mautgesetz genehmigt wurde. Da steht wörtlich: Das **Mautaufkommen** wird zusätzlich dem Bundesverkehrshaushalt zugeführt und ist in vollem Umfang zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Es soll überwiegend für den **Bundesfernstraßenbau** verwendet werden. Das Aufkommen soll zusätzlich zur Verfügung stehen und nicht als Ersatz dienen!

Wenn nun die Maut ausfällt, dann ist es im Grunde genommen doch nicht zu verstehen, dass wir Peanutsbeträge zum Start des Baus der Strecke von Lübeck Richtung Geschendorf bekommen. Das gilt auch für den Start des Ausbaus der Strecke zwischen Negerbötzel und Bornhöved.

Für den Weiterbau bis Geschendorf liegt noch nicht einmal der Planfeststellungsbeschluss vor. Also selbst das haben wir in der ganzen Zeit noch nicht geschafft.

Wenn wir heute von der **A 20** und der Querung reden, dann sind wir ruckzuck in Niedersachsen. Meine Damen und Herren, das ist doch eine Farce. Darüber lässt sich im Augenblick doch überhaupt nichts sagen. Ich möchte darauf hinweisen: Nicht die Landesregierung in Niedersachsen hat verhindert, dass der Anschluss an die A 1 geschafft wurde, sondern Rot-Grün

(Uwe Eichelberg)

hat es im Bundesverkehrsausschuss abgelehnt, an die **A 1** zu gehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen ist die Bedingung wegen der **A 22** und der Querung der Elbe in den Sternen geschrieben. Da dürfen wir uns überhaupt nichts vormachen lassen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Genauso ist es mit dem Abschnitt von Negernbötel bis Bornhöved. Da wurde uns ständig vom Baubeginn erzählt. Ich erinnere daran, Minister Rohwer hat noch im März 2002 den Baubeginn für das zweite Halbjahr 2002 zugesagt. Aber immer wieder wurde er verschoben. Und nun fangen wir endlich einmal an.

Ist es nicht bedauerlich, dass von 1 Milliarde €-Verkehrsresthaushalt im Bund nur 26 Millionen € an Schleswig-Holstein gehen? Da merkt man: Schleswig-Holstein ist dem Bund und der Bundesregierung von Rot-Grün noch nicht einmal 3 % wert. Und das in Wahlkampfzeiten. Wie soll es erst außerhalb von Wahlkampfzeiten sein!

Ich empfehle immer wieder, einmal diesen Bericht zu lesen, auch seine Nebensätze. Dazu nehmen Sie sich dann einmal die gegebenen Antworten! Es steht eigentlich Schlimmes darin.

Ich sage Ihnen: Da der Bau der **Fehmarnbelt-Querung** nicht so gesichert ist, wie es uns der Bundesverkehrsminister weismachen will, entfällt für mich mittelfristig auch die **Elektrifizierung** der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck-Puttgarden. Die DB hat die Abhängigkeit immer wieder deutlich gemacht. Wenn also der Termin 2008 genannt wird, dann ist das wirklich nicht zu verantworten.

Zweitens. Weil der **Ausbau der Zweigleisigkeit** zwischen **Neumünster** und **Bad Segeberg** billiger ist und von der DB bevorzugt wird - das sagt auch Herr Mehdorn immer wieder -, wird auch der Engpass Elmshorn vorläufig überhaupt nicht angegangen. Denn die haben mehr Interesse daran, den Transitverkehr über die Strecke zu leiten, als einen teuren Ausbau zu machen. Außerdem wird ohne Fehmarnbelt-Querung in Pinneberg gar nichts passieren.

Drittens. Weil der **A-20-Anschluss** an den Weiterbau der **A 22** gekoppelt ist, wird es auch nur einen kleinen Schritt Richtung Segeberg weitergehen. Für die Frage, was danach kommt, ist das Schicksal offen. Gerade unser Kernprojekt steht unter keinem guten Stern.

Es ist nicht zu verantworten, dass dieser Verkehrsminister die Strecke zwischen der B 404, der A 1 und der A 24 aus dem Bundesverkehrswegeplan heraus-

nehmen kann. Das ist die Todesstrecke in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da will er jetzt wahrscheinlich eine Dreispurigkeit einführen. Aber wie will er das denn bezahlen? Und wenn die Dreispurigkeit da ist, glaubt doch niemand, dass noch eine vierstreifige Autobahn gebaut wird. Das wird in alle Zukunft getrieben.

Was wir in Schleswig-Holstein entscheiden können, haben wir entschieden: Die Gelder für das Programm zur Erneuerung der Landesstraßen liegen in über 25 % unter dem Durchschnitt der 70er- und 80er-Jahre. Es wurde kräftig abgebaut. Die Straßen sind in einem schlechten Zustand. Diese Regierung hat die Ausgaben für Landesstraßen- und Radwegebau seit Regierungsübernahme von 30 Millionen € auf 10 Millionen € schrumpfen lassen. Was will man damit denn noch machen? Diese Landesregierung hat selbst die Städtebauförderung, die in den Orten etwas ausmacht, von 60 Millionen € auf 10 Millionen € schrumpfen lassen.

Vieles sind Sprüche. Es wurde wenig geleistet. Es hätte mehr sein können. Das Bemühen will ich durchaus unterstellen. Aber wenn man sich in Berlin nicht durchsetzen kann und bei Bundesprojekten und eigenen Projekten alles zusammenstreicht, dann ist das keine Verkehrspolitik, die diesem Lande dient.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Hermann Benker.

Hermann Benker [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir fahren bereits auf Straßen, die Sie vermutlich noch in das Programm geschrieben haben. Deshalb mussten Sie heute die Verkündung zurückziehen. Denn ein Teil der Maßnahmen ist bereits fertig.

So ganz habe ich den Antrag nicht verstanden. Er sieht eher wie eine Kleine Anfrage aus. Auch die ganzen Ausführungen riechen danach, dass krampfhaft nach Fehlern gesucht wird, um dieser Regierung etwas am Zeug zu flicken. Nichts anderes steht dahinter.

Es würde dem Land und der Stimmung im Land mehr nutzen, wenn wir uns anders verhielten. Wir können uns im Vergleich mit den anderen Ländern durchaus sehen lassen. Die Tatsache, dass Schleswig-Holstein Prioritäten setzt, in die Zukunft investiert und die

(Hermann Benker)

wichtigsten Verkehrsprojekte sichtbar vorankommen, hilft dem Land mehr als das ständige Lamento der CDU.

Ihre Nachfrage nach den formalen Sitzungsergebnissen von Bundesrat und Bundestag - es ist heute gar nicht zur Sprache gekommen, was der Hintergrund dieses Berichts ist - unterschlägt die Tatsache, dass es der schleswig-holsteinischen Landesregierung gelungen ist, eine Reihe von **Projekten** in die Endfassung aufzunehmen, die vorher nicht im Entwurf des **Bundesverkehrswegeplans** enthalten waren. Dazu gehört zum Beispiel, die A 20 in vollem Umfang einzubringen. Dazu gehört die Beseitigung des Schienenengpasses Pinneberg-Elmshorn.

Der Entwurf, den wir vorher bereits beeinflusst und verändert haben, ist schließlich in den Landtag eingebracht worden. Sie können das in der Drucksache 15/2821 vom 10. August 2003 im Detail nachlesen.

Der Antrag unterschlägt auch, dass unter den 30 **vorrangigen Vorhaben von europäischem Interesse** bis zum Jahr 2010 zwei Schleswig-Holstein-Projekte enthalten sind, zum einen unter der Überschrift „Bahnachse Fehmarnbelt“ und mit den beiden Untertiteln „Feste Querung Fehmarnbelt Straße/Schiene“ und „Eisenbahnzulauf in Deutschland von Hamburg“, zum anderen unter der Überschrift „Hochgeschwindigkeitsseewege“. Hierzu gehört der Hochgeschwindigkeitsseeweg Ostsee einschließlich der Strecke durch den Nord-Ostsee-Kanal. Das ist durch die Initiative erst hineingekommen, nachdem der Entwurf von der Kommission vorgelegt worden ist. Diese Beispiele beweisen nicht nur die Aktivität der Landesregierung, sondern auch den Erfolg, der trotz der Schwierigkeiten der Haushaltslage zu verzeichnen ist, weil die wichtigsten Verkehrsprojekte Schleswig-Holsteins in den vordringlichen Bedarf gebracht worden sind.

(Veronika Kolb [FDP]: Das ist Schönredeerei!)

Der heutige Bericht gibt im Grunde genommen die umfangreiche Dokumentation der Landesregierung wieder, die sie in der Presseerklärung vom 26. Mai niedergelegt hat. Die hätten Sie nur zu lesen brauchen, dann hätten Sie jetzt nämlich die gleichen Forderungen für eine Drucksache haben müssen.

Es ist das gute Recht der Opposition, etwas zu fordern, darüber hinaus auch alles zu fordern; denn sie braucht ja keine Gedanken an die Finanzierung zu verschwenden.

Sie haben die Wunschliste der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angesprochen. Da sind die Forderungen

nach neun zusätzlichen Ortsumgehungen im vordringlichen Bedarf nicht zu verstehen. Man kann natürlich alles fordern, man kann ein Maximum auflisten. Aber man sollte bitte mit den Füßen auf der Erde bleiben. Ob **Ortsumgehungen** bei knappem Geld in diesem Umfang zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen, da habe ich meine Zweifel.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Wir sind ja dabei. Wir haben die Ortsumgehung Preetz fertig. Wir haben auch die Ortsumgehung in Eutin mit der Westtangente fertig. Machen Sie sich also keine Gedanken!

Es bleibt festzuhalten: Mit Beschluss des Bundestages vom 1. Juli und des Bundesrats vom 9. Juli 2004 ist der Neubau der **A 20** von Lübeck bis Stade im **vordringlichen Bedarf**. Das ist nämlich der entscheidende Punkt. Damit ist die Elbquerung mit darin, damit ist die Erweiterung der A 7 um zwei Fahrstreifen zwischen Bordesholm und Hamburg im vordringlichen Bedarf, damit ist die zweite Nordsüdachse der A 21 im vordringlichen Bedarf und damit ist die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg-Lübeck im vordringlichen Bedarf.

Was heißt das? - Das bedeutet, dass wir die wichtigsten Verkehrsprojekte mit einem uneingeschränkten **Planungsauftrag** haben. Das heißt, wir können damit weitergehen. Es ist doch nicht mehr so, wie Sie immer andeuten, dass eine Straße erst gebaut würde. Nein, mit den tausend Untersuchungen, die noch anzustellen sind, schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung, gerade im vordringlichen Bedarf zu sein, damit wir diesen Planungsauftrag erledigen können.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Damit werden die historisch bedingten Defizite der schleswig-holsteinischen Verkehrsinfrastruktur - vielleicht auch unter dem Blickwinkel aus der Zeit, als Schleswig-Holstein noch ein Agrarland war - mittelfristig beseitigt. Wir haben neue Finanzierungsformen. So zu tun - darauf deuten Ihre Ausführungen hin -, dass Verkehrsprojekte praktisch über Nacht realisiert werden könnten, ist unredlich, ist Augenwischerei.

Wir bleiben auf dem Boden der Tatsachen mit klaren Prioritäten innerhalb der finanziellen Möglichkeiten. Wir bleiben realistisch, weil wir nach 2005 weiter regieren werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Verkehrspolitik der Landesregierung nicht kennt und dem Verkehrsminister trotzdem zuhört, könnte glauben, er sei ein Macher. Wer die Verkehrspolitik der Landesregierung aber kennt, weiß: Der Verkehrsminister ist nur ein Schnacker.

(Beifall bei FDP und CDU)

Beispiel A 20 mit Elbquerung: Der Minister spricht seit Jahren davon, dass dieses uralte Projekt für die Landesregierung höchste Priorität habe. Jetzt drückt er sich davor, im Bericht zu sagen, wann die Elbquerung fertig sein soll. Dafür berichtet er - man höre und staune -, dass die **A 20** wohl frühestens zum Ende des nächsten Jahrzehnts über die **A 23** an Mitteleuropa angeschlossen wird und dass er deshalb fürchtet, kein Privater werde in die Elbquerung investieren.

Beispiel Ausbau der B 404: Der Minister berichtet, dass mit dem Ausbau der **B 404** zwischen A 7 und A 24 ebenfalls erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts zu rechnen ist.

Beispiel **Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Travemünde**: Auch dieses Projekt genießt bei der Landesregierung seit über einem Jahrzehnt höchste Priorität. Jetzt berichtet der Minister, dass die Bundesregierung das genauso sieht, dass alle notwendigen Beschlüsse und Genehmigungen vorliegen und dass die Elektrifizierung trotzdem ins nächste Jahrzehnt verschoben wird.

Beispiel **Engpass Pinneberg-Elmshorn** - auch ein Dauerbrenner -: Höchste Priorität seit der ersten Regierungsübernahme durch die SPD in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg! Der Minister berichtet, der Engpass solle zwar zum Beginn der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts beseitigt sein, aber das gehe nur, wenn der Bahnhof Elmshorn bis dahin umgebaut sei - und das hat die DB AG langfristig verschoben.

Meine Damen und Herren, Fazit: Je höher die Priorität eines Projektes bei Herrn Rohwer, desto geringer sind die Chancen, dass Rot-Grün es verwirklicht.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Wahrscheinlich schreibt Minister Rohwer deswegen so gern Strategiepapiere, die über das Jahr 2020 hinausgehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

In der Gegenwart scheitert er.

Ein weiteres Beispiel - heute auch schon angesprochen - sind die **Ortsumgehungen** zum Beispiel um **Preetz** und **Gettorf**. Alle Experten sagen für die nächsten beiden Jahrzehnte voraus, dass der Straßenverkehr stark wachsen wird, insgesamt um fast 30 %, der Güterverkehr sogar um weit über 60 %. Die Landesregierung widerspricht dieser Prognose nicht, sie betont sogar, dass Schleswig-Holstein als Transitland und Drehscheibe hiervon überdurchschnittlich betroffen sein wird.

Wie setzt die Landesregierung diese Erkenntnisse in Schleswig-Holstein um? - Es werden zweispurige Ortsumgehungen gebaut, eine Spur in jeder Richtung.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe von FDP und CDU)

Schon jetzt senkt jeder LKW, der seine zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht überschreitet, den Nutzen der Umgehungen. Zusätzlich werden viele ungeduldige PKW-Fahrer - es soll solche geben, auch bei der Landesregierung - dazu verleitet, sich und andere durch riskantes Überholen zu gefährden. Eine Erweiterung der Straßen ist auch nicht vorgesehen, denn sonst wären ja wenigstens die Brücken schon auf vier Spuren ausgelegt, sodass man die Umgehungsstraßen später ausbauen könnte. Stattdessen fabuliert der Wirtschaftsminister davon, dass wir Schleswig-Holstein als Wirtschaftsstandort dringend besser vermarkten müssten, insbesondere natürlich die Opposition. „Schnacken statt machen“ ist das Motto der rot-grünen Koalition.

Straßenfeste zur Einweihung von Ortsumgehungen in allen Ehren - ich werde sicherlich auch irgendwann einmal daran teilnehmen -, aber als Ersatz für Ergebnisse können Sie doch nicht dienen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht liegt das alles ja nur daran - und vielleicht sagt der Wirtschaftsminister deshalb immer so schöne Dinge voraus -, dass er letztlich gegen die Grünen doch nicht ankommt. Wir bedauern das sehr.

Wenn wir das Programm der Grünen - die haben ihres ja bereits vorgestellt -

(Zurufe)

genauer lesen, können wir feststellen: Nach den Vorschlägen von Herrn Hentschel soll der **Fahrradverkehr** zukünftig 30 % des Verkehrs in Schleswig-Holstein aufnehmen. Wir sehen einer hervorragenden

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Zukunft entgegen. So sehen die Ergebnisse dieser Regierung aus. Wir werden das selbstverständlich ändern.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist immer schön, wenn Leute über Dinge lachen, von denen sie nichts verstehen.

(Zurufe)

Im Münsterland, in den Niederlanden ist das mit den 30 % der Verkehrswege für **Fahrräder** bereits umgesetzt. Das ist also nicht absurd und das sind keine Entwicklungsregionen in Afrika, das sind hoch industrialisierte Gebiete mitten in Europa.

(Zurufe von CDU und FDP)

Man sollte sich einmal wirklich inhaltlich darüber unterhalten, was man dabei spart, welche Verkehrsinvestitionen man spart, ob das nicht für die Qualität des Lebens wesentlich besser ist, ob sich die Familien da nicht wohler fühlen und so weiter.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie uns darüber einmal unterhalten; nur mit Lachen kommen wir nicht weiter.

(Zurufe)

Ich habe mich schon ein bisschen gewundert, dass wir den Bundesverkehrswegeplan hier zum x-ten Mal diskutieren. Aber das Anfordern von überflüssigen Berichten ist das gute demokratische Recht einer Opposition, die aufgrund ihrer ständigen inneren Streitigkeiten anders keine Politik mehr machen kann. Das muss man ertragen.

(Zurufe von CDU und FDP)

Zur Bewertung der einzelnen Projekte in Schleswig-Holstein - das möchte ich nicht zum fünften Mal wiederholen - verweise ich auf meine Presseerklärung, in der ich das noch einmal abdrucken werde.

(Martin Kayenburg [CDU]: So einen Unsinn lesen wir doch gar nicht!)

Es ist wichtig, auf die Kürzungen bei den **Verkehrsinvestitionen** einzugehen. Die Kürzungen bei den Verkehrsinvestitionen haben einen einzigen Grund und dieser Grund heißt: Koch-Steinbrück. Das **Koch-Steinbrück-Papier** hat die Verkehrsinvestitionen als Subventionen bewertet und gesagt: Verkehrsinvestitionen müssen gekürzt werden, weil es **Subventionen** sind, man muss da ordentlich einschneiden. Dagegen hat das Koch-Steinbrück-Papier die Entfernungspauschale nicht als Subvention bewertet.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass es umgekehrt ist:

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Die **Kilometerpauschale** ist eine Subvention, die abgebaut gehört, die Verkehrsinvestitionen sind notwendige Investitionen in die Infrastruktur eines Landes und keine Subvention und gehören deswegen nicht gekürzt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn wir dieser Auffassung sind, kann ich die CDU nur dringend auffordern, ihre Stellungnahme zu diesen beiden Positionen zu korrigieren.

Die Forderung der Grünen und meiner Bundestagsfraktion ist

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Steinbrück ist noch bei den Sozialdemokraten! Sie regieren zusammen in Nordrhein-Westfalen!)

- ich weiß das, das ist mir durchaus klar, aber er ist kein Grüner -, die Kilometerpauschale zusammenzustrichen und damit die notwendigen Verkehrsinvestitionen zu finanzieren. Die Einsparungen bei den Verkehrsinvestitionen schaffen ja nicht nur Probleme für die Umstellung und den Ausbau der **Bahn**, sondern sie bringen auch erhebliche Probleme für die **Konjunktur**, sie sind eine Konjunkturbremse. Diejenigen, die das verzapft haben, sollten sich dringend überlegen, was sie da eigentlich angestellt haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dem Spitzenkandidaten der CDU empfehle ich dringend, sich einmal um die **Finanzierung** der konkreten Projekte in Schleswig-Holstein zu kümmern und nicht ständig neue Projekte aus dem Hut zu zaubern.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

(Karl-Martin Hentschel)

Dass man jetzt neuerdings wieder den Flughafen in Kaltenkirchen bauen will, ist schon interessant. Dass wir jetzt auch noch einen neuen Frachtflughafen in Jagel bekommen, ist noch interessanter. Ich schlage vor: Wir machen so weiter, denken uns neue Projekte aus, anstatt das zu finanzieren, was wir haben, auf Bundesratsebene die Finanzen zusammenzustreichen und sich dann im Lande darüber zu beschweren.

Jetzt komme ich zum Höhepunkt der Show, die die CDU veranstaltet: Die CDU beklagt, dass nicht genügend Geld für die **Vorplanung von Verkehrsprojekten** ausgegeben wird. Schauen wir uns einmal die Haushaltsanträge der CDU zum letzten Haushalt an: Was hat die CDU da beantragt? - Für die Position „Werkverträge im Rahmen der Entwurfsbearbeitung“ - das ist die zentrale Position im Landeshaushalt, wo neue Projekte geplant werden - hat der Verkehrsminister 6,8 Millionen € 2004 und 6,8 Millionen € 2005 angesetzt. Was hat die CDU beantragt? - Die CDU hat beantragt, diese beiden Titel um 25 % zu kürzen, und hier tritt sie auf und beschwert sich, dass noch nicht genügend ausgegeben wird. Das ist absurd!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Insgesamt hat die CDU vorgeschlagen, die Verkehrsinvestitionen in **Straßenbau** und **Schienen** im Landeshaushalt um über 4 Millionen zu kürzen. Das ist die Realität. Das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie hier im Landtag verbreiten und was Herr Eichelberg gesagt hat. Das zeigt deutlich: Das, was hier regelmäßig, alle zwei Monate, an Verkehrsprojekten diskutiert wird, ist eine Showveranstaltung. Jedes Mal muss der Minister einen neuen Bericht ausstellen, in dem immer dasselbe drinsteht. Was soll sich in zwei Monaten auch ändern?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das ist eine unnötige Geldausgabe. Das, was Sie hier alle zwei Monate veranstalten, ist nichts anderes als eine Showveranstaltung, mit der Sie von Ihren eigenen Problemen ablenken.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wollen sich darstellen! Wir helfen Ihnen dabei! Und jetzt beschweren Sie sich!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein zeigt in groben Zügen auf, welche Auswirkungen das **Mautdesaster** auf unsere Verkehrsprojekte hat. Gleichwohl ist dem Bericht auch zu entnehmen, dass Schleswig-Holsteins wichtigste Verkehrsprojekte trotz vieler Umschichtungen aufgrund der Haushaltslage im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans gesichert sind. Das wurde auch schon gesagt. Das ist wenigstens etwas.

Bereits im letzten Jahr hat sich abgezeichnet, dass das aufgeblasene deutsche Mautsystem nicht zum angekündigten Termin anlaufen wird. Seit Beginn dieses Jahres haben wir die Gewissheit. Der SSW hat in der Dringlichkeitsdebatte im Februar zu dem Thema bereits auf die Folgen hingewiesen. Ein Verlust von rund 100 Millionen € im **Schienenbereich** und etwa 50 Millionen € für den **Straßenbau** in Schleswig-Holstein. Dies sind Schäden, die sich negativ auf die gerade etwas anziehende Konjunktur auswirken werden und die die Länder jetzt ausbaden müssen. Daher ist der Landesregierung eigentlich auch kein Vorwurf zu machen, wenn wir dem Bericht entnehmen können, dass viele unserer wichtigen Projekte bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden müssen. Der Schwarze Peter liegt hier eindeutig beim Bund.

Auf einige der wichtigsten Schienenprojekte, die von diesem Desaster betroffen sind, möchte ich hier kurz eingehen. Da ist zum einen die **Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke** zwischen **Hamburg und Lübeck**. Wir alle wissen, wie wichtig dieses Projekt insbesondere für Lübeck, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Holstein ist. Daher ist es bedauerlich, dass jetzt geplant werden muss, sich vorerst nur auf wesentliche Teilbereiche zu konzentrieren - und das auch noch zu einem späteren Zeitpunkt.

Zum anderen bleibt der Schienenverkehr im Norden des Landes vom Mautausfall nicht verschont. Wer einmal mit dem Zug von Hamburg nach Flensburg oder Westerland gefahren ist, weiß, wovon ich rede. Auf beiden Strecken muss der Nord-Ostsee-Kanal überquert werden und das ist das Problem. Die **Brücken in Rendsburg und Hochdonn** über den Kanal sind mittlerweile zu einem Nadelöhr geworden, denn sie sind den Anforderungen bereits seit Jahren nicht mehr gewachsen. Man spricht hierbei bereits von „Bummelbahn-Betrieb“. Wir haben von der DB jetzt zwar einige Zusagen, aber dennoch dauert das Ganze zu lange. Auch wir befürchten, dass es länger als angekündigt dauert. Diese Abkopplung des nördlichen Landesteils hat natürlich auch negative wirt-

(Lars Harms)

schaftliche Auswirkungen auf die strukturschwachen Regionen im Landesteil Schleswig. Daher muss hier unbedingt etwas geschehen.

Es gibt einen Punkt im Bericht, der mich überrascht hat. Das ist der Punkt, der darauf eingeht, dass die CDU/CSU-Fraktion einen Entschließungsantrag zur Ausbaustrecke Hamburg-Norderstedt-Neumünster gestellt hat. Dort wird gefordert, die optimale Anbindung der Achse Norderstedt-Neumünster-Kiel an Hamburg anzustreben. Das macht auch Sinn, weil dann Kiel endlich an den Flughafen Fuhlsbüttel optimal angebunden werden könnte

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

und somit der **Flughafenausbau in Kiel-Holtenau** endlich ad acta gelegt werden könnte, was auch wieder Mittel für den Verkehrsbereich freisetzen würde.

(Beifall beim SSW)

Daher machte der CDU/CSU-Antrag wirklich Sinn und es ist mehr als unverständlich, dass Rot-Grün in Berlin hier die bessere Bahnanbindung von Kiel abgelehnt hat.

Was nun die Straßenverkehrsprojekte in Schleswig-Holstein angeht, gibt es auch hier einen Punkt, der für den normalen Bürger nicht mehr verständlich ist. Was kann so schwer an einer **länderübergreifenden Autobahnanbindung** sein? Was sich hier geleistet wird, ist ein parteipolitischer, teilweise vielleicht auch regierungspolitischer Streit, bei dem es nicht mehr um die Sache geht. Aber wir können feststellen, dass wir in Schleswig-Holstein bei der **A 20** unsere Hausaufgaben gemacht haben. Der schwarze Peter liegt nun in Hannover. Denn dort wird der Bau jetzt verzögert, weil man Planungen völlig neu aufgestellt hat und sich jetzt über Umweltauflagen und Planungsaufgaben wundert. Mein Appell ist daher nicht an die Landesregierung gerichtet, sondern an die rechte Seite dieses Hauses, sich bei den Unionskollegen in Niedersachsen dafür einzusetzen, dass dort endlich Bewegung in die Sache kommt. Durch dieses Verhalten der niedersächsischen Landesregierung ist alles ins Stocken geraten. Gerade dort muss man sich bewegen, damit wir die private Finanzierung der westlichen Elbquerung zustande kriegen. Sonst fällt sie wirklich hinten runter und wir haben im Jahr 2020 noch keine Elbquerung. Das ist tödlich für den gesamten Norden des Landes.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Uwe Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur eine Korrektur für die Grünen. Ich empfehle dringend, sich seine Reden nicht nur von Mitarbeitern ausarbeiten zu lassen, sondern selber einmal zu lesen: Subventionsabbaukonzept Koch/Steinbrück. Die Kürzungen bei der Bahn, Investitionszuschüsse für Schienenwege, 4 %, also 79,4 Millionen. Wenn unser einziges Projekt in Schleswig-Holstein die Elektrifizierung wäre! Das gilt für die ganze Bundesrepublik. Was macht das bei 3 % für Schleswig-Holstein aus? Das kann die Verkehrsprojekte in unserem Land nicht gefährden. Deswegen ist es eine Farce, solche Geschichten zu erzählen, zu sagen, dass Koch-Steinbrück-Papier habe Schuld, dass bei uns nichts ausgebaut werden könnte.

Für den Wirtschaftsminister im Hinblick auf die Kompetenz, die er bei uns vermisst. Er sollte sich einmal die neue Umfrage angucken. Da liegt die Kompetenz für Wirtschaftsfragen für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein bei der SPD bei nur 26 %, bei der CDU bei 50 % und bei den Grünen natürlich nur bei 1 %. Genauso ist das bei Arbeitsplätzen. Das sollten Sie sich auch einmal durchlesen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich will gern auf den letzten Redebeitrag und auf das, was Lars Harms zu der Frage der Kürzungen gesagt hat, eingehen.

Ich habe mich über diese Frage ausführlich sowohl mit den Abgeordneten im Bundestag als auch mit Herrn Mehdorn persönlich unterhalten. Es ist tatsächlich so, dass die gesamten Kürzungen, die jetzt anfallen, auf das **Koch-Steinbrück-Papier** zurückzuführen sind. Sie sind nicht auf die Maut zurückzuführen, wie Lars Harms das gesagt hat, weil die Mautausfälle zur vollen Höhe zwischenfinanziert werden. Wir haben im laufenden Haushalt keine Reduzierung durch die Maut - das ist mir explizit bestätigt wor-

(Karl-Martin Hentschel)

den -, sondern allein durch das Koch-Steinbrück-Papier.

(Roswitha Strauß [CDU]: Es wurde vorher gekürzt!)

Das sind **Kürzungen**, die bundesweit bei der Größenordnung von über 1 Milliarde € liegen. Das zu den Tatsachen.

Es ist tatsächlich notwendig, an diesem Punkt nachzudenken. Das Einzige, das wir geändert haben, ist Folgendes. Die ursprünglichen Kürzungen von Koch/Steinbrück waren allein für die Schiene vorgesehen, nicht für die Straße. Das hätte dazu geführt, dass laufende Investitionsvorhaben in erheblicher Größenordnung, für die bereits Aufträge vergeben worden sind, hätten storniert werden müssen und mehrere Hundert Millionen Strafzahlungen angefallen wären. Das wollten wir verhindern. Außerdem wollten wir verhindern, dass es wieder zu einer Bevorzugung der Straße gegenüber der Schiene kommt. Deswegen ist im Bundestag beschlossen worden, die Kürzungen gleichmäßig auf Schiene und Straße zu verteilen, was ich für sinnvoll und notwendig halte. Sonst hätten die Schienenprojekte in Schleswig-Holstein noch mehr darunter gelitten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Kurzbeiträge sind angemeldet. Ich erteile jetzt nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Frau Abgeordneten Roswitha Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, es ist schön, hier Zahlenspiele zu machen. Am Ende aber versteht niemand mehr etwas.

Was Sie zuletzt vorgetragen haben, ist wirklich ein Verwirrspiel allererster Sahne. Im Bundeshaushalt war geplant, für Verkehrsinvestitionen - ich glaube - ungefähr 4,5 bis 5 Milliarden € - auszugeben. On top sollten die Mauteinnahmen kommen. Dann hat man im Rahmen der Haushaltsberatungen wegen der desaströsen Haushaltslöcher diesen Ansatz um die geplanten Mauteinnahmen reduziert und gesagt: Okay, das finanzieren wir über die Maut. Am Ende fehlen genau diese Gelder.

Das, was Sie sich haben erzählen lassen, diese Rechnereien mögen nach außen ganz schön klingen. Im Kern fehlen uns aber nicht nur die 2,5 Milliarden aus den **Mauteinnahmen**, sondern auch das, was man

vorher heruntergerechnet hat. Das ist das Desaster in Deutschland und speziell in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Fakt ist auch nicht das, was in Papieren steht oder in irgendwelchen Reden gesagt wird, sondern das, was real gebaut und umgesetzt wird. Die Bürgerinnen und Bürger stellen an jeder Stelle fest, dass hier nichts vorangeht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Hermann Benker [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

- Lieber Herr Kollege Benker, lieber Herr Minister Rohwer, ich möchte auch an einer anderen Stelle noch etwas klarstellen. 14 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Erfolgsbilanz Schleswig-Holsteins in Sachen **A 20**, dass wir einen allerersten Planfeststellungsbeschluss haben. Es gibt noch nicht einen einzigen Spatenstich in Sachen A 20, und zwar für das Teilstück Lübeck bis Geschendorf. Alles andere ist im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit noch von der CDU-Regierung, die vorher regiert hat, gemacht, geplant und gebaut worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Während man heute in Mecklenburg-Vorpommern freie Fahrt hat, steht man in **Lübeck** nach wie vor im Stau. Das ist die Realität nach 14 Jahren Wiedervereinigung und der Politik der Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will gar nicht bestreiten, dass einige SPD-Abgeordnete darunter auch heftig gelitten haben, aber das sind die Fakten und alles andere ist Schönfärberei.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach diesem Kurzbeitrag von Frau Kollegin Roswitha Strauß habe ich keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. - Wenn das so ist, schließe ich die Beratung.

Ich darf fragen, ob das Präsidium es richtig erahnt, dass dieser Bericht zur abschließenden Beratung an den zuständigen Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll?

(Zurufe: Ist erledigt!)

- Er soll als erledigt betrachtet werden. Wer so beschließen möchte, dass wir den Bericht mit der Kenntnisnahme als erledigt betrachten, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen sehe ich nicht, dann ist das so beschlossen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich begrüße auf der Tribüne neue Gäste, und zwar Damen und Herren des SPD-Ortsverbandes Sarzbüttel aus dem Kreis Dithmarschen und des Stenografenvereins aus Schleswig. - Ich darf alle Gäste oben auf der Tribüne hier im Plenum ganz herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Ausweisung von Vogelschutzgebieten auf Eiderstedt

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/3113

Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses

Drucksache 15/3527

Ich darf zunächst zur Berichterstattung der Vorsitzenden des Umweltausschusses, Frau Abgeordneter Frauke Tengler, das Wort erteilen.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat den Antrag des SSW zum Thema Ausweisung von Vogelschutzgebieten auf Eiderstedt durch Plenarbeschluss vom 12. Dezember 2003 federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Agrarausschuss überwiesen. Der Umweltausschuss hat den Antrag in vier Sitzungen, zuletzt am 17. Juni 2004, beraten und empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit dem beteiligten Agrarausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP die Annahme der Antrages in der Ihnen vorliegenden Fassung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne des Zeitmanagements des heutigen Tages verweise ich, was die Vollständigkeit der Beschlussempfehlung angeht, auf die Drucksache 15/3527.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Antragsteller erteile ich jetzt für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was das EU-Vogelschutzgebiet auf Eiderstedt angeht, schlagen heute zwei Herzen in meiner Brust.

(Zuruf: Doppelherz!)

Ich bin froh, dass wir uns als SSW mit elementaren Forderungen in Bezug auf den **Vertragsnaturschutz** und bei der Frage bezüglich der **Anhebung des Wasserstandes** auf der Halbinsel durchsetzen konnten. Andererseits muss ich sagen, dass ich in höchstem Maße unzufrieden mit der Art und Weise bin, wie man die komplette Ausweisung von Eiderstedt als Vogelschutzgebiet betrieben hat.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Aber zuerst einmal zum Positiven für die Menschen auf Eiderstedt. Wir beschließen heute, dass Vertragsnaturschutz auf Eiderstedt anzustreben ist und dass die einzelnen **Landbesitzer** auf Eiderstedt nicht zwangsweise dem zu schließenden **Rahmenvertrag** mit dem Kreisbauernverband beitreten müssen. Natürlich ist es so, dass unter den derzeitigen Verhältnissen nicht daran zu denken ist, dass der Kreisbauernverband einen Rahmenvertrag abschließen wird. Aber vielleicht besteht in etwas ferner liegender Zukunft doch noch die Chance, sich auf irgendetwas zu einigen, und dann ist ein solcher Beschluss wichtig, weil er schon im Vorwege Unklarheiten beseitigt.

Weiter wird in dem Beschluss festgelegt, dass nicht nur Beschränkungen in den Verträgen genau festgelegt werden, sondern dass auch ausdrücklich **erlaubte Nutzungen** festgeschrieben werden. Das bedeutet mehr **Rechtssicherheit** für diejenigen, die einen solchen Vertrag unterschreiben. Zu guter Letzt wird noch festgelegt, dass der Wasserstand auf Eiderstedt nicht angehoben wird, es sei denn, dass die betroffenen Eigentümer zustimmen. Hierüber gab es bisher ebenfalls keinen Beschluss und somit trägt dieser Beschluss dazu bei, dass hier Sicherheit für die Betroffenen geschaffen wird.

Soweit wäre eigentlich alles gut, wenn da nicht der Punkt eins wäre, der zwar im Ausschuss schon politisch beschlossen wurde, aber dann von der Landesregierung nicht berücksichtigt wurde. Nach Beschlusslage vom 17. Juni 2004 sollten nur die geeigneten Gebiete als Vogelschutzgebiete ausgewiesen werden und sie sollten sich keinesfalls auf die gesamte Halbinsel Eiderstedt ausdehnen. Als man dies im Ausschuss beschloss, war die bis dahin vorgeschlagene **Gebietskulisse** klar. Ebenso klar war, welche Gebiete aus nachvollziehbaren Gründen aus dem Vor-

(Lars Harms)

schlag herausgenommen werden sollten. Das waren die Flächen für den Offshore-Hafen Husum, die B 5 und die Ackerköge. Von den ursprünglich geplanten 25.000 ha waren dies 5.000 bis 6.000 ha. Somit war damals klar, dass man über eine Restfläche von rund 19.000 bis 20.000 ha redete, die man als Ausweisung von ganz Eiderstedt betrachtete und die wesentlich reduziert werden sollte.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

Ziel des Beschlusses war es, die Möglichkeiten für eine Kompromisslösung zu eröffnen, die sichtlich unter der bisherigen Flächengröße lag.

Genau diese Möglichkeiten hat die Landesregierung aber nicht ergriffen, sondern weiter an der **großflächigen Ausweisung** festgehalten und damit natürlich gegen den politischen Willen des Ausschusses gehandelt.

(Konrad Nabel [SPD]: Dummes Zeug!)

Rot-Grün hat im Ausschuss die Begrenzung der Flächen mitgetragen und sich für einen Kompromiss eingesetzt. Doch die rot-grüne Regierung tat genau das Entgegengesetzte, indem sie die großflächige Ausweisung von **Eiderstedt** beschloss. Man weist also Eiderstedt aus, obwohl der Ausschuss nicht ganz Eiderstedt ausweisen wollte.

(Herlich Marie Todsén-Reese [CDU]: Das hat der Minister höchstpersönlich gesagt!)

Wenn wir aber heute so beschließen, wie es der Ausschuss am 17. Juni 2004 gewollt hat, muss der Vorschlag der Landesregierung korrigiert werden.

(Günther Hildebrand [FDP]: Richtig!)

Noch besteht hierfür auch die Möglichkeit, weil die Meldung an die EU aufgrund eines anhängigen Verfahrens, das einige Gemeinden und Bürger angestrengt haben, noch nicht erfolgt ist. Wenn wir heute unseren Beschluss als Landtag fassen, dann müssen Sie als rot-grüne Fraktion den Mut haben, dafür zu sorgen, dass die rot-grüne Regierung ihren Beschluss rückgängig macht.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

Alles andere wäre ein Beitrag zur Politikverdrossenheit und gerade da sollten wir uns jeden Beitrag sparen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie Ihre pauschale Ausweisung zurück und weisen Sie nur die Flächen aus, die unbedingt notwendig sind - so wie Sie es am 17. Juni 2004 im Ausschuss schon einmal beschlossen haben!

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag des SSW stellt für mich den Versuch dar, in letzter Minute noch zu einem Kompromiss zwischen den Parteien zu kommen. Das ist ehrenwert, wenn auch von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, denn wie ein roter Faden zieht es sich durch die Akten, wenn man sie denn gelesen hat, dass die offiziellen Vertreter der Eiderstedter Bauern von Anfang an nicht zu einem Kompromiss bereit waren, sogar das Gespräch verweigerten. Das ist eine eindeutige Position der Schwäche.

(Günther Hildebrand [FDP]: Nun haben die auch noch Schuld!)

Das Angebot des freiwilligen Naturschutzes war eben leider kein wirkliches Kompromissangebot, weil dieses, wie vorgeschlagen, eben nicht akzeptiert worden wäre, wie wir alle wissen. Inoffizielle Überlegungen, die es auch gab, waren sicher gut gemeint, aber weder belastbar noch in der Substanz ausreichend. Zwischenzeitlich hat das Umweltministerium die Gebiete ausgewiesen, sie aus prozessualen Gründen jedoch nicht weitergemeldet. Der Landtag hat zwar über den Antrag des SSW noch nicht entschieden, ich sehe aber trotzdem darin keine Missachtung des Gerichts, denn Punkt eins des Antrages ist erfüllt. Die Regierung hat diejenigen Flächen, die ihr unter **ornithologischen Gesichtspunkten** als geeignet erschienen, benannt, keineswegs ganz Eiderstedt.

(Zuruf von der FDP: Große Teile!)

Ein Drittel der Halbinsel ist tatsächlich nicht ausgewiesen. Gegenüber dem vorgelegten Zwischenergebnis sind noch einmal 20 % herausgenommen worden, etwa 5.000 ha, keineswegs nur Quadratmeterchen, wie Lars Harms das genannt hat.

Nun hätte ich mir als örtlicher Abgeordneter durchaus im Sinne des Friedens vor Ort auch eine kleinere Fläche gewünscht, weil diejenige, die heute als Kerngebiet bezeichnet wird, etwa 10.000 ha groß ist. Das Problem ist nur, dass die **Kriterien**, die schließlich zur Ausweisung des Gebietes geführt haben, sich auf Eiderstedt überall dort finden, wo es entsprechendes **Dauergrünland** gibt. Deswegen mussten alle Dauergrünlandflächen konsequenterweise ausgewiesen

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

werden. Diese Flächen nicht auszuweisen, wäre das Einfallstor für alle Klagen gewesen, weil der Gleichheitsgrundsatz vernachlässigt worden wäre. Wenn man weiß, dass - jedenfalls ist das den heutigen „Husumer Nachrichten“ zu entnehmen - der beauftragte Rechtsanwalt 46.000 € liquidiert, dann ist das nicht gerade wenig. Dafür verspricht er allerdings auch, bis zum Jüngsten Gericht zu klagen.

(Zuruf von der CDU: Das dient nicht der Sache, was Sie da sagen!)

Ohne eine Einigung wäre deswegen eine andere kleinere Fläche gar nicht zu erreichen gewesen. Es ist deswegen auch keineswegs zutreffend, stereotyp immer alle Schuld beim Minister zu suchen. Ein Vorwurf ist reiner Populismus. Es hätte wenigstens aufseiten der Landwirte den Versuch einer Einigung geben müssen. Wer dies von Anfang an verweigert, darf nicht mit Fingern auf andere zeigen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang merke ich sehr deutlich an, nicht jeder, der am lautesten schreit, hat deswegen Recht und nicht derjenige, der diesem lauten Protest widersteht, missachtet die Interessen der Menschen vor Ort.

Zur ehrlichen Politik gehört es, den Menschen die Wahrheit zu sagen und ihnen nicht nach dem Munde zu reden,

(Beifall bei der SPD)

wie Sie es ständig tun. Die Wahrheit ist nun einmal, jedenfalls aus meiner Sicht und Überzeugung: Gebiete auf **Eiderstedt** müssen nach **EU-Recht** ausgewiesen werden. Es gibt Gutachten für und wider die Ausweisung. Ich bin Jurist genug, um zu wissen, was ich von Parteigutachten zu halten habe. Ich misstraue im Übrigen jedem Gutachten. Wenn aber drei Gutachten, von denen ich in diesem Falle weiß, unabhängig voneinander zum selben Ergebnis kommen, nämlich der Ausweisungsnotwendigkeit, dann besteht für mich kein ernsthafter Grund mehr, daran zu zweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem ist es sinnlos, sich hier und heute aufzuregen. Die Gerichte werden entscheiden. Dies wird abzuwarten sein. Dennoch muss mit Hochdruck weitergearbeitet werden daran, wie die **Landwirtschaft** in Zukunft eine tragbare Lösung erreicht. Dafür mag der vorliegende Antrag hilfreich sein. Aber auch die Landwirtschaft selbst, alle Verantwortlichen auf Eiderstedt müssen sich überlegen, wie ein Plan B für die Zeit nach dem Urteil aussehen kann. Auch danach muss es weitergehen, und zwar möglichst besser als

jetzt, auch im Interesse der Eiderstedter, auch im Interesse aller Bürger.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Dezember 2003 haben wir das Thema Natura 2000 dreimal diskutiert. Gebracht hat es wenig. Rot-Grün war Argumenten nicht zugänglich, jetzt entscheiden die Gerichte. Zur Erinnerung: FDP und CDU hatten Berichtsanhträge zur Benennung von Natura 2000 und Vogelschutzgebietsausweisung Eiderstedt gestellt, um überhaupt einmal zu erfahren, auf welche natur-schutzfachliche Begründung sich der Minister stützt. Ein peinlich dürftiges Konzept hat er abgeliefert trotz Vorlaufzeit - und das erst auf unsere Anfrage am 12. Dezember in der Plenartagung. Der SSW hat mit seinem Änderungsantrag die Notwendigkeit der Vogelschutzgebietsausweisung Eiderstedt und die spärliche und keineswegs überzeugende Begründung des Umweltministers nicht infrage gestellt. Kollege Harms hat sich in seinem Redebeitrag wie so oft langatmig und populistisch geäußert, aber um den heißen Brei geredet. Wir konnten daher dem SSW-Antrag nicht zustimmen, weder in der Plenartagung noch im Umweltausschuss, und werden uns auch heute enthalten, weil der Antrag ja auch nichts mehr bedeutet. Die Kabinettsentscheidung hat, obwohl die SPD mitgestimmt hat, diesen ignoriert.

Für Eiderstedt hätten gemeinsame Anträge der regionalen Abgeordneten mit der CDU mehr gebracht als selbstdarstellerische Alleingänge

(Beifall bei CDU und FDP)

und sogar ein Nein bei der namentlichen Abstimmung über den CDU-Antrag zu diesem Thema am 20. April.

Bei der von uns beantragten **Akteneinsicht** habe ich übrigens den Kollegen Harms vermisst. Dort hat sich für mich der Eindruck verstärkt, dass die Landesregierung nicht naturschutzfachlichen Zwängen, sondern vornehmlich grüner Ideologie und den Wunschvorstellungen der **Naturschutzverbände**, insbesondere des NABU, gefolgt ist. Wie sonst lässt sich erklären, dass es in einem Fax des Umweltministeriums noch am 18. November Bedenken gegeben hat zu der geplanten Ausweisung. Noch drei Tage später - jetzt

(Ursula Sassen)

kommt eine neue Leier, die Sie nicht gelesen haben - hat man im Umweltministerium am 21. November Berechnungen darüber angestellt, welche Kosten die so genannte rote Kulisse mit 8.000 ha oder die so genannte schwarze mit 30.000 ha für das Land mit sich bringen würde. So eine Berechnung in Auftrag zu geben macht doch nur Sinn, wenn man auch die kleinere Gebietskulisse für die Meldung nach Brüssel naturschutzfachlich hätte vertreten können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit dem für mich darüber hinaus fragwürdigen Einsatz von **Modulationsmitteln** hierfür erfüllt man sich mit der größeren Gebietskulisse einen grünen Traum, der für die Region zum Albtraum wird. Wo bleiben die Einwände im Beteiligungsverfahren? Sie wurden, so ist mein Eindruck nach der Akteneinsicht, politischer Willkür geopfert, und dies, obgleich uns bisher weder Originalakten noch vollständige Unterlagen vorgelegt wurden. Das Parlament wurde nicht einmal, wie es gemäß Artikel 23 Abs. 3 Satz 2 der **Landesverfassung** vorsieht, darüber vom Umweltministerium in Kenntnis gesetzt. Vorgestern, erst auf Druck unseres Schreibens, kam ein Entschuldigungsschreiben vom Umweltministerium.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister, gestatten Sie mir noch eine andere Frage: Warum haben Sie uns nur davon erzählt, es fehlten lediglich zehn Seiten, aber den Anwälten der klagenden **Gemeinde St. Peter-Ording** schildern Sie in einer Sperrerklärung, dass darüber hinaus auch sechs Stehordner mit Kabinettsvorlagen und die Reise nach Brüssel fehlen? Dies haben Sie in Ihrem jüngsten Brief nicht erwähnt. Das Parlament wurde also erneut nicht im Sinne von Artikel 23 Abs. 3 Satz 2 informiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies werden wir in der nächsten Woche bei der Umweltausschusssitzung aufgreifen. Ich sage Ihnen, wer so handelt und nur auf Druck etwas herausgibt, der muss damit rechnen, dass man ihm vorwirft, er habe etwas zu verbergen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist nicht ehrlich und täuscht die Menschen in diesem Land über die tatsächliche Vorgehensweise von Rot-Grün. Wenn SPD und Grüne nur

das täten, was sie anscheinend selbst fordern in ihrem Antrag, dürfen sie einen Großteil der Halbinsel Eiderstedt und auch andere Regionen nicht als Natura-2000-Gebiete ausweisen.

So besagt der erste Punkt des Antrages, dass sich die Auswahl der Vogelschutzgebiete auf Eiderstedt auf die nach **ornithologischen Kriterien** geeignetsten Gebiete beschränken soll.

(Konrad Nabel [SPD]: Genau so ist gehandelt worden!)

- Bleiben Sie mal ganz ruhig. - Gleichzeitig fordern Sie in Ihrem Antrag, dass sich die Gebiete keineswegs auf die gesamte Halbinsel Eiderstedt ausdehnen dürfen. Das ist an sich schon ein Widerspruch zu Ihrer bisherigen Verhaltensweise. Rein theoretisch, wenn nämlich die ornithologischen Voraussetzungen für ganz **Eiderstedt** vorlägen, müsste die Landesregierung nach ihrem eigenen Vortrag und auch nach der EU-Richtlinie ganz Eiderstedt ausweisen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Sie hätte gar keine Wahl. Der Knackpunkt ist aber, dass begründete Zweifel an der ornithologisch fachlich richtigen Ausweisung bestehen. Hierzu brauche ich noch nicht einmal das Gutachten des Kölner Büros für Faunistik heranzuziehen, in dem die Situation auf Eiderstedt dezidiert beschrieben wurde und man zu ganz anderen Erkenntnissen gekommen ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie tragen hier Textbausteine vor!)

- Nein, das Ministerium war ja selbst der Auffassung, dass sich der Großteil von Eiderstedt nicht für eine Ausweisung als Vogelschutzgebiet eignet.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist das denn für ein Ministerium?)

Herr Kollege von Hielmcrone, ich kann nur sagen: Das ist ja Ihr eigenes Gutachten und nicht das fremde Gutachten. Dem sollte man zumindest vertrauen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Hierzu zitiere ich gerne aus einem Telefax des Umweltministeriums an den NABU vom 18. November. Es wurde also wenige Tage, bevor der Umweltminister auf der denkwürdigen Veranstaltung in Garding die Ausweisung von fast ganz Eiderstedt in der Öffentlichkeit proklamierte, verschickt. Absender ist ein Abteilungsleiter aus dem Ministerium. Ich zitiere:

„Die beiden - Nonnengans und Goldregenpfeifer - fallen wegen ihrer geringen ökologischen Ansprüche und ihrer weiten Verbrei-

(Günther Hildebrand)

tung weitgehend aus als Begründung für ganz Eiderstedt. Es bleibt die Trauersee-schwalbe. Mit ihr lässt sich nicht ganz Eiderstedt begründen, sondern nur der Nordwesten.“

Weiter heißt es:

„Wenn wir ganz Eiderstedt melden wollten, würden wir meines Erachtens von unserem Konzept abweichen und dann erstmalig Gebiete ausschließlich oder ganz überwiegend mit Artikel 4 Absatz 2-Arten begründen, was wir vorher vermieden haben.“

So weit das Zitat des Abteilungsleiters aus dem Umweltministerium. Ich weiß genau, dass er sagen wird, er habe dieses Schreiben ein halbes Jahr, nachdem es bekannt geworden ist, wieder korrigiert. Herr Kollege Nabel, ich kann dazu nur sagen: Ist die Kugel aus dem Lauf, hält sie kein Gebiet mehr auf.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wissen jetzt, wie die Fachleute im Ministerium diese Sache beurteilen.

Sie haben die **Parameter** also selbst geändert, um einen Großteil von Eiderstedt melden zu können. Es war nicht die **EU**, es war dieser grüne Umweltminister, der ohne ausreichende fachliche Begründung die Ausweisung größter Teile Eiderstedts als Vogelschutzgebiet durchgesetzt hat. Kurz vor dem Kabinettsbeschluss kam es noch zu einer Korrektur, um zum Beispiel den Husumer Hafen als Schutzgebiet auszuklammern. Der Grund dafür ist doch nahe liegend: Der geplante **Offshore-Windpark** 80 km westlich von **Sylt** benötigt natürlich einen Versorgungshafen. Vogelschutz könnte da natürlich nur stören.

Meine Damen und Herren, dem Land liegen allein 18 Klagen bezüglich der Ausweisung von Vogelschutzgebieten auf Eiderstedt vor. Das Land sieht sich landesweit 43 Rechtsstreitigkeiten aufgrund der von der Landesregierung ausgewiesenen **Natura-2000-Gebiete** gegenüber. Das kann kein Zufall sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich durchaus positiv bemerken, dass die Landesregierung die beklagten Gebiete nach eigener Auskunft zunächst nicht an den Bund weitermelden wird und den Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht am 26. Oktober 2004 abwartet. Gibt es hier möglicherweise Zweifel an der eigenen Gebietsauswahl?

Äußerst bedauerlich hingegen ist die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger und Gemeinden wie St. Peter-Ording, Kirchspiel Garding, Tating oder die Stadt Tönning gezwungen sind, rechtlich gegen die

Ausweisung vorzugehen. Es war nicht die Landesregierung, die die Interessen der Eiderstedter vertreten hat. Nein, ganz im Gegenteil: Sie ist ihr Hauptgegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nebenbei bemerkt und nur zur Information: Falls die Entscheidung am 26. Oktober 2004 nicht im Sinne der Gemeinden ausfällt, besagt dies noch nichts. Die **Gemeinden** wollen in diesem Verfahren zunächst nur erreichen, dass die Gebiete eben nicht nach Berlin gemeldet werden. Es wird also keine Entscheidung über die **Rechtmäßigkeit der Gebietsausweisung** fallen. Das wird erst der nächste Schritt sein.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Dieser vorliegende Antrag und das Handeln der Landesregierung klaffen weit auseinander. Aus diesem Grund müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hildebrand, aus einem Referatsleiter haben Sie einen Abteilungsleiter und aus der Äußerung in einem Arbeitsprozess haben Sie die Meinung des Ministeriums gemacht und so weiter. Mit dieser Genauigkeit schicken Sie sich an, hier Regierungspartei zu werden? Das mag der Wähler beurteilen.

(Ursula Sassen [CDU]: Sie müssen über Genauigkeit reden!)

Der Dialog gerade im Gebiet Eiderstedt war und ist noch außerordentlich schwierig. Das liegt zum einen an der schwierigen Natur der Sache und zum anderen daran, dass in Zeiten des Vorwahlkampfes insbesondere bei der CDU ein hohes Interesse vorlag, jegliche Konstruktivität im Dialog zu unterbinden. Das ging schon damit los, dass in der Anfangsphase ein Vertreter des Bauernverbandes Gespräche schlichtweg abgelehnt hat. Es handelte sich um ein CDU-Mitglied, das sich vergeblich um ein Direktmandat für den Landtag bemüht hatte. Das gehörte wohl zu den Profilierungsmühungen im Vorfeld dieser Absichten. Dies setzte sich mit Bürgermeistern, Amtsvorstehern sowie Tourismus- und Wirtschaftsvertretern, die alle ein schwarzes Parteibuch in der Tasche haben, fort.

(Veronika Kolb [FDP]: Kommen Sie zur Sache!)

(Detlef Matthiessen)

Ich will damit sagen, dass es neben dem Dialog um die NATURA-2000-Ausweisung auch andere Interessen zu wahren gab, die das sachliche Gespräch sehr erschwerten und die alles zum Ziel hatten, aber keine vernünftigen Kompromisse und Lösungen.

In dieser schwierigen Gemengelage wäre eine Position der Landesregierung nur dann akzeptiert worden, wenn auf eine Gebietsmeldung gänzlich verzichtet worden wäre. Dies war jedoch weder rechtlich noch sachlich möglich.

Nun haben wir also den **Beschluss des Kabinetts** zur Gebietsmeldung. Danach wurden im Gebietszuschnitt nochmals erhebliche Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen. Es hätte ja auch einmal mit einem Nebensatz oder mit einem kleinen Wort honoriert werden können, dass der Dialog mit der Bevölkerung in Schleswig-Holstein bei der **NATURA-2000-Umsetzung** tatsächlich dazu führt, dass in 40 % der Fälle Veränderungen bei den Zuschnitten, Bezeichnungen und so weiter vorgenommen werden. In Schleswig-Holstein findet der Dialog mit der Bevölkerung statt. Es ist nicht nur ein Scheindialog, trotz dessen der Entwurf A bis in alle Ewigkeit der Entwurf A geblieben wäre. Im Laufe dieses Dialogs hat sich sehr viel geändert. Das ist eine erfolgreiche Demokratie und Beteiligung der Bevölkerung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Theorie und Praxis klaffen weit auseinander!)

Zu den Verunsicherungen insbesondere in der **Landwirtschaft** trägt vor allem auch die schwierige generelle Lage der Landwirtschaft bei. Die fundamentale Reform der Agrarförderung steht vor der Tür, der Milchpreis ist miserabel und dann noch der Naturschutz, an dem sich der Unmut leicht entladen konnte.

(Zuruf von der CDU: Gestern haben Sie noch etwas anderes erzählt!)

Die wirtschaftlichen Folgen der Ausweisung des Naturschutzgebietes sind aus meiner Sicht nicht von Nachteil. Im Gegensatz: Grundschutz ist wirtschaftlich machbar. Mit Naturschutz kommt mehr Geld in die Region als ohne. Durch die gezielt auf **Grünlandförderung** ausgerichtete Agrarpolitik der Landesregierung profitiert insbesondere der Großteil der Landwirtschaft auf **Eiderstedt**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Nun wissen wir, dass Klagen anhängig sind. Ich bin fest davon überzeugt, dass sie keine Aussicht auf Erfolg haben. Nur die Rechtsanwälte machen den

Reibach. Mit den Mitteln der Betroffenen und der Gemeindekasse wird hier von den Initiatoren fahrlässig umgegangen.

Unter dem Strich muss der Dialog, so schwierig er ist, fortgesetzt werden. Daneben müssen in der konkreten Umsetzung Vorteile für die Region organisiert werden. Wir stimmen dem Antrag in der geänderten Fassung, also gemäß der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses, zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Veronika Kolb [FDP]: Wir haben nichts anderes erwartet!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf einen neuen Gast auf der Tribüne im Landtag Schleswig-Holstein begrüßen, nämlich den Landesvorsitzenden der FDP, den Bundestagsabgeordneten Koppelin. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun rufe ich den zuständigen Fachminister, Umweltminister Müller, als Redner für die Landesregierung auf.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat: „Vor wenigen Tagen rief der Bauernverband in dieser Zeitung zum Widerstand auf gegen die von der Landesregierung zur Nachmeldung nach Brüssel vorgesehenen Vorschläge zu Gebieten nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie.“ - Etwas weiter steht dort: „Wie wir in Erfahrung gebracht haben, findet die Anti-FFH-Kampagne zurzeit mit nahezu gleich lautenden Pressemitteilungen in zahlreichen Landkreisen statt.“

Die beiden Worte, die ich ausgelassen habe, waren „Main-Spessart“, das ist der Bauernverband. Weiter handelt es sich um die bayerische Staatsregierung. Wir erleben das Schauspiel, dass die Diskussionen über Vogelschutz und FFH-Gebiete immer noch zu Polemik und Übertreibung taugen. Ich bedaure es, dass das Plädoyer des Herrn Oppositionsführers, Herrn Kayenburg, vonseiten der CDU etwas mehr Rücksicht auf Umweltbelange zu nehmen, schlicht ohne Resonanz geblieben ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Landesregierung hat Wort gehalten. Sie hat genau das getan, was sie angekündigt hat. Sie hat alle **Ein-**

(Minister Klaus Müller)

wendungen, die es gegen Vorschläge gegeben hat, sorgfältig geprüft. Was Eiderstedt angeht, waren es um die 400. Sie hat diese ergebnisoffen überprüft und geguckt, ob sie mit **europäischem Recht** konform sind. Ich habe an dieser Stelle oft genug darauf hingewiesen, wer dieses europäische Recht mit auf den Weg gebracht hat. Es waren nämlich die, die sich jetzt populistisch in die Büsche schlagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben den **ursprünglichen Gebietsvorschlag** nach Auswertung aller Hinweise deutlich verändert. Dies haben wir genau so angekündigt. Frau Sassen, ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass wir - so wie es in einer offenen und transparenten Verwaltung auch sein sollte - alle Varianten durchdiskutiert haben. Das habe ich immer gesagt. Da gibt es nichts Neues hineinzugeheimnissen.

Wir haben die Konsequenzen verschiedener Varianten geprüft. Wir haben uns dann aufgrund von **natur-schutzfachlichen Kriterien** für die richtige Variante entschieden. Sie versuchen hier nach wie vor Dinge zu suggerieren, die an dieser Stelle schlicht nicht wahr sind. Lieber Kollege Hildebrand, ich kann nur deutlich sagen: Wenn man Referatsleitung und Abteilungsleitung verwechselt, dann ist das nicht schlimm. Wir haben schon mehrfach auf diesen Fehler hingewiesen. Wenn man Textbausteine recycelt, dann passiert das manchmal. Wenn Sie aber schlicht nicht zur Kenntnis nehmen, dass Leute Irrtümer und Versehen auch einräumen und nachher korrigieren, dann hat das mit einer rechtsstaatlichen Partei, die Sie so gern sein möchten, schlicht nichts zu tun. Es hat auch erst recht nichts mit einer redlichen und ehrlichen Debatte zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir sind inzwischen im Dialog mit verschiedenen Gruppen aus Eiderstedt schon wesentlich weiter, als Sie es suggerieren. Viele Menschen haben es dort vor Ort inzwischen begriffen, dass viele Dinge, die Sie hier behauptet haben, schlicht nicht wahr sind. Ich kann nur sagen: Ein Großteil der Kontroversen, die wir dort erlebt haben, waren bewusst geschürte Kontroversen. Ich sage Ihnen: Wer in diesem Land herumläuft und behauptet, diese Landesregierung würde Politik nicht mit den Menschen machen, dem kann ich nur sagen: Sie sind diejenigen, die Öl ins Feuer geschüttet haben. Sie sind diejenigen, die hier die Debatten geschürt haben. Sie haben ganz erheblich zu dieser Polemik beigetragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Darum will ich noch einmal kurz und knapp wiederholen: Ein NATURA 2000-Gebiet bedeutet ein Verschlechterungsverbot. Dies bedeutet für **Eiderstedt**, dass wir den **Dauergrünlandanteil** erhalten wollen und die Wasserstände nicht weiter abgesenkt werden dürfen. Das ist der Punkt, über den wir diskutieren. Dafür gibt es sogar eine Grünlanderhaltungsprämie. Wir haben sogar gesagt, dass es ein Zonierungsmodell mit mehr Flexibilität im Interesse der Landwirte gibt. Wir haben angeboten, dass darüber hinausgehende Maßnahmen gesondert honoriert werden. In Fragen der Wasserstände gilt dies explizit natürlich nur mit Zustimmung der Eigentümerinnen und Eigentümer.

Verehrter Lars Harms, ich kann nur sagen: Es besteht ein Unterschied zwischen 100 % und zwei Dritteln. Ich erläutere dir das gern noch einmal mathematisch. Das ist absolut nachvollziehbar. Ich war die ganze Zeit im Umweltausschuss dabei. Ich kann dir sagen: Alle Abgeordneten, die die Hand gehoben haben, wissen, was der Unterschied zwischen 100 % und zwei Dritteln ist. Ich kann sagen: Eiderstedt besteht aus 30.000 ha Landfläche. Das ist eindeutig ein Unterschied zu den 19.800 ha, die wir gemeldet haben. Grundrechenarten sind nicht weiter kompliziert.

Verehrte Frau Abgeordnete, zur Frage der **Aktenvorlage** sage ich Ihnen: Es gibt natürlich einen Unterschied zwischen den Akten, die wir dem Parlament - wie Sie wissen vertraulich und im Rahmen Ihrer Rechte als Abgeordnete - vorgelegt haben, und denen, die wir vor Gericht den Anwälten vorlegen. Wir erläutern Ihnen das gern noch einmal im Umweltausschuss. Ich komme diesem Informationsbedürfnis an dieser Stelle ausgesprochen gern nach.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Die Landesregierung hat das getan, was europäisches Recht ist. Sie schützt das schleswig-holsteinische **Naturerbe** vorbildlich. Ich weiß, dass das den regierungstragenden Fraktionen wichtig ist. Darum begrüße ich den heute vorliegenden Beschluss. Ich weiß, dass das der Opposition schlicht egal ist. Ich bin sicher, dass sich das bei den Menschen herumsprechen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ein paar Repliken auf das, was ich hier gesagt habe, bekommen. Deswegen will ich die Gelegenheit nutzen, dazu etwas zu sagen. Erstens. Ich gebe Herrn Kollegen von Hielmcrone Recht und bedanke mich ausdrücklich dafür, dass er es noch einmal genannt hat: Unser Ziel war es, einen Kompromiss hinzukriegen. Dieser Kompromiss sollte unserer Meinung nach darauf beruhen, was sowohl die Gutachten von der einen als auch die Gutachten von der anderen Seite ergeben hätten. Es wäre herleitbar gewesen, weniger auszuweisen. Das ist definitiv so. Es war aber der politische Wille nicht da.

Herr von Hielmcrone hat nun eben gerade gesagt, ein Drittel bliebe frei. Das ist nicht ganz Eiderstedt. In etwas verschärfter Form sagte nun Minister Müller: Zwei Drittel seien nicht 100 %; ich irrte mich. Ich sage nur: Er selber irrt sich, weil die Landesregierung ihre **großflächige Ausweisung** so beschreibt, wie sie auch in der Region empfunden wird. In einer Entgegnung auf die Stellungnahme einer Eiderstedter Gemeinde - Sie ahnen bestimmt, welche Gemeinde das ist, denn das ist meine eigene Gemeinde - antwortet die Landesregierung: Man sehe die Meldung von Eiderstedt als unverzichtbar an. Eiderstedt sei als Vogelschutzgebiet unverzichtbar. Man spricht also von Eiderstedt immer in seiner Gesamtheit - das tut gerade der Umweltminister - und nicht von ausgewählten Gebieten auf Eiderstedt oder von Teilen auf Eiderstedt oder von zwei Dritteln auf Eiderstedt. Das heißt, dass unser Minister Müller auch nicht weiß, was 100 % sind, wenn er über zwei Drittel redet. Wir müssen schon wissen, worüber wir reden, lieber Herr Müller.

Sie selber sehen es auch im Nachhinein noch genau so, wie es damals der Ausschuss gesehen hat. Der Ausschuss wollte einen Kompromiss haben und Sie haben das innerhalb von 14 Tagen durchgezogen und den Ausschuss links liegen gelassen. Das ist das, was passiert ist.

Ein letztes Wort zu dem, was Kollegin Sassen gesagt hat. Sie sagten, alle Abgeordneten hätten sich zusammenschließen und etwas für Eiderstedt machen sollen. Es gibt einen Dissens zwischen uns. Deshalb konnten wir nicht zusammenkommen. Auch wir als SSW sagen: „Es gibt Gebiete auf Eiderstedt, die aus-

gewiesen werden müssen, weil sie den Naturschutzzweck erfüllen.“ Sie haben immer ratzekahl dagegen argumentiert und gesagt: „Gar nichts gibt es“; genauso wie der Bauernverband. Das ist der inhaltliche Unterschied!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der inhaltliche Unterschied deckt sich mit dem, was auch **Eiderstedter Gemeinden** sagen. In vielen Stellungnahmen Eiderstedter Gemeinden wird deutlich gesagt: Wir schlagen auch einige Gebiete in unserem Gemeindegebiet vor, für die wir uns vorstellen könnten, hier etwas zu tun. - Der Dissens zwischen uns ist riesengroß. Deshalb konnten wir nicht gemeinsam antreten. Das wäre überhaupt nicht möglich gewesen.

Liebe Kollegin Sassen, Sie haben sich darauf eingeschossen, eine Frontalopposition zu machen. Sie wollten aus dieser üblichen Frontalopposition heraus gegen die Landesregierung vorgehen. Das ist Ihr gutes Recht, das dürfen Sie gern tun. Das ist aber nicht die Art der Politik, die wir machen. Wir wollten etwas für Eiderstedt erreichen. Das Ding ist: Wir haben etwas für Eiderstedt erreicht. Das wird mit dem Antrag heute deutlich. Es soll Vertragsnaturschutz angestrebt werden. Die einzelnen Landwirte müssen sich nicht einem Vertragsdiktat unterwerfen. Die Wasserstände werden nicht zwangsweise angehoben. All das sind Resultate der von uns geleisteten Arbeit. Das, was Sie geleistet haben, ist nichts als heiße Luft. Das ist zu wenig für Eiderstedt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Ursula Sassen das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst noch einmal eine Bemerkung an Herrn Minister Müller: Uns ist selbstverständlich klar, dass wir nicht alle Akten - auch die sechs Ordner, die Sie uns nicht genannt haben - einsehen können. Das würden wir akzeptieren, wenn es so sein muss. Dass Sie uns aber von ihrer Existenz nichts gesagt haben und sie in Ihrem Brief nicht erwähnt haben, monieren wir.

(Beifall bei der CDU)

Aus Ihrem Beitrag ist etwas nicht deutlich geworden: Ich würde gern die Frage beantwortet haben, warum man sich erst die Mühe macht und warum man erst den Aufwand betreibt, eine kleine Kulisse zu berech-

(Ursula Sassen)

nen, wenn man von vornherein weiß, man wird diese in Brüssel gar nicht vertreten können. Sie haben Ihr Ministerium mit den Berechnungen beschäftigt. Das erweckt doch den Eindruck: Okay, wenn ich es mir finanziell leisten kann, dann kann ich die große Lösung nehmen. Wenn nicht, dann muss ich mich auf den kleinen Teil beschränken. So sieht Ihre Begründung aus!

Zum Kollegen Lars Harms: Wir haben uns innerhalb der Fraktion besprochen. Wir werden diesen Antrag - entgegen unserer vorherigen Enthaltung - ablehnen, und zwar aus dem Grund, weil es noch Unklarheiten gibt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie gehen davon aus, dass gewisse Flächen auf Eiderstedt gemeldet werden müssen. Da stimmen Sie zu.

Bei uns sieht es anders aus. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die fachliche Begründung zweifelhaft ist, und wir wollen keinem Gerichtsbeschluss vorgreifen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben diese Diskussion des Öfteren geführt und ich glaube, dass sich die Debatte inzwischen beruhigt hat. Denn mittlerweile stellen die Menschen fest, dass vieles von dem, was an Schreckgespenstern an die Wand gemalt worden ist, gar nicht stimmt.

Um auf den Kern zurückzukommen: Der Kern ist, dass wir in Schleswig-Holstein ein reiches Naturerbe haben und dass das größte **Wiesengebiet** mit Wiesenvögeln in Nordeuropa auf **Eiderstedt** liegt. Von daher ist es natürlich richtig, dass wir dieses Naturerbe schützen. Das hat etwas mit der Qualität und der Zukunft unseres Landes, dem Tourismus und den Menschen, die hier leben, zu tun.

Dass diejenigen, die vor Ort in diesem Gebiet leben, natürlich leicht mobilisierbar sind, ist kein Spezifikum von Schleswig-Holstein. Das Gleiche erleben wir in Bayern. Das erleben wir in Hessen. Das erleben wir überall. Dort mobilisieren die Bauernverbände und behaupten, es werde etwas Schlimmes getan.

Aber in Wirklichkeit stimmt es nicht. In Wirklichkeit ist es so, dass wir auf Eiderstedt überwiegend Wiesenlandschaft haben und das Vieh - die Kuh, der Ochse oder der Bulle -

(Günther Hildebrand [FDP]: Oder das Schaf!)

das auf der Wiese steht, zurzeit mit den **Fördermitteln der EU** nicht gefördert wird. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Wenn dieses Vieh aber im Stall steht und stattdessen Mais angebaut wird, wird dies mit 420 € pro Hektar gefördert.

Die Entwicklung wird in eine andere Richtung gehen. In Zukunft werden alle Bauern gefördert werden, und zwar auch diejenigen, die ihr Vieh auf der Wiese stehen haben. Und die Änderungen, die jetzt stattfinden, dienen dazu, diesen **Bauern** eine neue **Existenzgrundlage** zu schaffen und dass sie nicht die Wiesen umbrechen müssen. Was auf Eiderstedt passiert, ist, dass die Wiesenlandschaft für die Zukunft gesichert wird. Dies geschieht, damit wir nicht überall die Wiesen umbrechen und Ackerböden mit Mais bepflanzt werden.

Ich glaube, dieser Prozess, der durch erhebliche Mittel abgedeckt wird und aufgrund dessen die Bauern eine neue Existenzgrundlage haben, ist sicherlich ein Prozess, der zu Veränderungen führt, und Veränderungen sind immer schwierig und führen immer zu Widerstand. Es ist aber ein Prozess, der nicht den Bauern schadet, sondern der den Bauern eine neue Zukunft gibt. Deswegen sollten wir alle diesen Prozess mittragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich lasse somit über den Antrag Drucksache 15/3113 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer so beschließen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenenthaltungen? - Damit ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und CDU so beschlossen worden, wie es der Ausschuss empfohlen hat.

Tagesordnungspunkt 28 ist damit erledigt.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2003

Drucksache 15/3530

Hier ist beabsichtigt, folgendes Verfahren zu wählen: Der Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2003 soll ohne Aussprache zur Beratung an den zuständigen Sozialausschuss überwiesen werden.

(Holger Astrup [SPD]: Auch an den Innen- und Rechtsausschuss!)

- Ich gehe also davon aus, dass federführend der Sozialausschuss und mitberatend der Innen- und Rechtsausschuss beraten soll.

Wer also den Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 15/3530, zur nicht abschließenden Beratung, aber ohne Aussprache am heutigen Tage federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages überweisen will, den darf ich jetzt um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Bericht entsprechend an die Ausschüsse überwiesen.

Ich habe jetzt noch die Tagesordnungspunkte 8 und 20 vorliegen.

(Heinz Maurus [CDU]: Tagesordnungspunkt 8 haben wir zurückgezogen!)

- Dann muss das dem Präsidium auch deutlich gemacht werden. Ich habe hier nur vorliegen, dass wir eine Beschlussfassung nach der gestrigen Beratung hatten. Ich weiß nicht, wie der weitere Fortgang zwischen den Fraktionen vereinbart wurde.

(Heinz Maurus [CDU]: Herr Präsident! Ich habe es gestern gegenüber dem Präsidium schriftlich deutlich gemacht! - Holger Astrup [SPD]: Ich könnte das notfalls bestätigen! - Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Dann würde mich interessieren, wie aus Sicht der Fraktion der CDU zu verfahren ist. Ich kann nur sagen, was in der Beschlussfassung steht: Der Antrag Drucksache 15/3600 ist ein Berichts Antrag für die 48. Tagung im Dezember. Es wurde mir nach Einigung der Fraktionsgeschäftsführer gestern letztlich

gesagt, dass heute nur die Abstimmung zu erfolgen habe.

(Heinz Maurus [CDU]: Herr Präsident! Der Tagesordnungspunkt 8 ist zurückgezogen worden. Es gibt aber einen Änderungsantrag, der gestern im Laufe der Debatte vorgelegt worden ist, und da sich die Fraktionen nicht auf einen gemeinsamen Berichts Antrag verständigen konnten, beantrage ich jetzt namens der CDU-Fraktion alternative Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge zu Tagesordnungspunkt 20!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Der CDU-Antrag „Situation der Pflegeheime in Schleswig-Holstein“, Drucksache 15/3515 (neu), bleibt also zurückgezogen.

(Heinz Maurus [CDU]: Ja!)

Damit rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 20 auf:

Fortführung und Weiterentwicklung der Pflegequalitätsoffensive

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/3600

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3617

Wer der Drucksache 15/3600 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. Wer der Drucksache 15/3617 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Damit hat die Drucksache 15/3600 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW die Mehrheit gefunden. Die Drucksache 15/3617 hat mit den Stimmen von CDU und FDP die notwendige Mehrheit nicht gefunden.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 8 und 20 erledigt.

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Zunächst rufe ich Tagesordnungspunkt 2 auf.

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständesicherheit (Lebensmittelsicherheitsgesetz)

Gesetzesentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2368

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 15/3519

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Herrn Abgeordneten Andreas Beran, das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Einvernehmen mit dem beteiligten Agrarausschuss und der Landesregierung empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/2368, für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Preußischen Wohnungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3592

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenstimmen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Umsetzung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3535

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig vom Hause in der Sache so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Haus der Kulturverbände

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3537

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

DAB

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3597

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig vom Hause beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Fairer Förderwettbewerb

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3601

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem interfraktionellen Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Vom Hause einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Entwicklung des Gesundheitswesens

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3374

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/3518

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Andreas Beran.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Sozialausschuss hat den ihm durch Plenarbeschluss vom 30. April 2004 überwiesenen Antrag der Fraktion der CDU in seiner Sitzung am 10. Juni 2004 beraten und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von

(Andreas Beran)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den Bericht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags Drucksache 15/3374. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist mit den Stimmen von SPD, SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2004

Drucksache 15/3593

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses gibt zu Protokoll, dass er auf die Vorlage verweist.

(Beifall)

Ich danke dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses für diesen Bericht. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 15/3593 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Eingaben zu bestätigen. Wer so beschließen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenpro-

be! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschließen!

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung.

Ich habe Ihnen noch bekannt zu geben, dass am 4. September der Tag der offenen Tür des Schleswig-Holsteinischen Landtags stattfinden wird. Am Samstag, dem 4. September, „öffnet der Landtag zum dritten Mal“ - so steht es hier; ich lese es jetzt wortwörtlich vor - „in seiner Geschichte seine Türen und präsentiert sich nach seinem nunmehr vollendeten Umbau“. Selbstverständlich beteiligen sich daran alle Fraktionen, die vielfältige Beiträge zum Gelingen dieses Tages vorgesehen haben. Ich lade Sie herzlich ein, dabei zu sein und das große Programm um das Landeshaus herum zu nutzen. Ich freue mich auf viele Besucherinnen und Besucher.

(Beifall)

Es wäre schön, wenn wir alle Möglichkeiten in den Wahlkreisen nutzen, auf dieses schöne Ereignis am 4. September, auf den Tag der offenen Tür, hinzuweisen.

Dann möchte ich noch an die Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses erinnern. Sie findet um 14 Uhr im Raum 138 statt.

Die nächste Tagung des Landtages, die 46. Tagung, beginnt am 22. September 2004.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und ein schönes Wochenende.

Die 45. Tagung des Landtages ist geschlossen.

Schluss: 12:17 Uhr